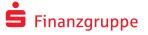


Ein Stück Sicherheit.

Geschäftsbericht 2017

Bayerische Landesbrandversicherung AG



Geschäftszahlen im Überblick

Bayerische Landesbrandversicherung AG		2017	2016	2015	2014	2013
Versicherungsbestand: Anzahl der Verträge	Tsd.	2.752,0	2.802,0	2.823,0	2.855,0	2.888,6
Schäden: Anzahl der gemeldeten Schäden	Tsd.	48,0	47,0	58,0	43,0	48,0
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	510,7	493,3	481,4	460,9	448,5
Selbstbehaltquote	%	69,2	70,5	69,7	71,1	72,1
Bilanzielle Schadenquote brutto	%	64,7	64,4	61,7	64,9	76,3
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	Mio. €	-329,8	-317,8	-296,8	-299,6	-340,2
Aufwendungen für den						
Versicherungsbetrieb brutto	Mio. €	-121,1	-118,4	-109,1	-102,8	-102,1
Kostensatz						
(in % der gebuchten Bruttobeiträge)	%	23,7	24,0	22,7	22,3	22,8
Combined Ratio (brutto) nach GDV	%	94,4	94,5	90,5	93,1	105,9
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	41,5	31,3	45,1	35,8	35,6
Nettoverzinsung	%	4,8	3,8	5,7	5,1	5,6
Laufende Durchschnittsverzinsung						
(nach Verbandsformel)	%	4,5	3,6	5,7	5,0	5,3
Versicherungstechnisches Ergebnis						
für eigene Rechnung	Mio. €	18,5	19,3	33,1	34,8	8,8
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	Mio. €	39,3	30,5	39,4	31,3	22,8
Kapitalanlagen	Mio. €	891,6	832,7	823,2	745,0	660,9
Versicherungstechnische Rückstellungen						
brutto	Mio. €	714,9	667,5	617,6	606,4	587,3
Eigenkapital	Mio. €	293,4	283,8	299,8	299,1	282,4
Jahresüberschuss	Mio. €	33,7	24,1	40,1	39,4	22,7

Inhalt

2	Gremien
/	Carennen

Lagebericht

4 Lagebericht

Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung

26	Rilanz	zum	31	Dezember	2017
20	Dilanz	Zuiii	01.	Dezembei	2017

28 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Anhang

30	Angabe zur Identifikation
30	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
34	Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände
	und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017
36	Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva
39	Erläuterungen zur Bilanz – Passiva
41	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
44	Sonstige Angaben
47	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
53	Bericht des Aufsichtsrats
54	Impressum

Gremien

Aufsichtsrat

Walter Pache Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Günzburg-Krumbach

Bernd Jung Stellvertretender Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Südliche Weinstraße

Josef Borchi Vorsitzender des Vorstands

Sparkasse Rottal-Inn

Michael Decker

Mitarbeiter IT-Services

Anita Eckerlein

Mitarbeiterin Konzernkostencontrolling

Thomas Feußner

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Miltenberg-Obernburg (bis 30. September 2017)

Gisela Geiger

Mitarbeiterin Formularmanagement

Johannes von Hebel

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Erlangen

Dr. Thomas Heidingsfelder

Geschäftsbereichsleiter Sparkassenverband Bayern

Harald Kraus

Mitglied des Vorstands Sparkasse Rosenheim-Bad Aibling (seit 1. Juni 2017)

Dr. Ewald Maier

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Forchheim

Uta-Barbara Moser

Mitarbeiterin Außendienst

Georg Pirner

Mitglied des Betriebsrats

Michael Pischon

Mitarbeiter Top 3 Navigatoren (bis 31. Januar 2018)

Prof. Dr. Ulrich Reuter

Landrat

Landkreis Aschaffenburg

Jürgen Schäfer

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau (seit 1. Oktober 2017)

Mischa Schubert

Mitglied des Vorstands Kreis- und Stadtsparkasse Wasserburg am Inn

Thomas Schwarzbauer

Vorsitzender des Vorstands Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen a. d. Donau

Dieter Seehofer

Vorsitzender des Vorstands i. R. Sparkasse Ingolstadt Eichstätt (bis 30. April 2017)

Franz Wittmann

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse im Landkreis Cham

Vorstand

Dr. Frank Walthes

Vorsitzender

Unternehmensplanung, Personal, Revision, Unternehmensrecht, Zentrales Controlling, Öffentlichkeitsarbeit, Rückversicherung, Gesamtrisikomanagement

Barbara Schick

Stellvertretende Vorsitzende seit 1. Januar 2018

Komposit (Versicherungsbetrieb, Produktentwicklung, Mathematik, Maklervertrieb, Technisches Risikomanagement)

Helmut Späth

Stellvertretender Vorsitzender

Rechnungswesen, Vermögensanlage und -verwaltung, Unternehmenssteuern (bis 31. Dezember 2017)

Dr. Robert Heene

Versicherungsbetrieb, Schadens-/Leistungsbearbeitung, Zahlungsverkehr

Klaus Günther Leyh

Vertrieb und Marketing

Isabella Pfaller

Rechnungswesen, Vermögensanlage und -verwaltung, Unternehmenssteuern (seit 1. Januar 2018)

Dr. Ralph Seitz

Lebensversicherung (Versicherungsbetrieb, Produktentwicklung, Mathematik)

Dr. Stephan Spieleder

Allgemeine Verwaltung, Betriebsorganisation, Datenverarbeitung

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Bayerische Landesbrandversicherung AG, München, gegründet im Jahr 1811 als Anstalt des öffentlichen Rechts, ist einer der führenden Gebäudeversicherer Deutschlands. Sie sichert Risiken rund um das Haus ab. Der in Bayern und der Pfalz regional tätige Kompositversicherer bietet Feuer-, Wohngebäude-, Elementarschaden- und andere Sachversicherungen an. Aktiv engagiert sich die Bayerische Landesbrandversicherung im Risikomanagement und in der Brandverhütung. Durch Aufklärung fördert sie den bewussten Umgang mit Risiken und hilft so, Gefahren zu erkennen, zu beurteilen und zu bewältigen und damit Schäden zu vermeiden oder deren Ausmaß zu minimieren.

Neben dem Betrieb der Kompositversicherung übernimmt die Bayerische Landesbrandversicherung zentrale Dienstleistungsaufgaben für Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer. Zu diesen zentralen Aufgaben gehören unter anderem Betriebsorganisation und Datenverarbeitung. Im Rahmen einer zentralen und konzerneinheitlichen Ausrichtung von Betriebsorganisation und Datenverarbeitung entwickelt die Bayerische Landesbrandversicherung unternehmensübergreifend Bestandsführungs-, Schadenund Vertriebssysteme.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigte im Jahr 2017 eine anziehende Konjunktur in allen wichtigen Wirtschaftsregionen. Im Euroraum gewann die Wirtschaft weiter an Schwung. Die dynamische Entwicklung wurde dabei vom privaten Konsum getragen und durch einen Anstieg der Investitionen gestützt. Zum Teil ging der Aufschwung auf die immer noch expansive Geldpolitik der Zentralbanken der Industrieländer mit niedrigen Zinsen und Anleihekäufen zurück.

Auch die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2017 ein anhaltendes Wachstum. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresvergleich um 2,2 Prozent. Eine wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs war weiterhin die starke Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 2,0 Prozent, die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich um 1,4 Prozent. Die Sparquote verblieb gemäß Statistischem Bundesamt mit 9,7 Prozent auf dem Vorjahresniveau. Neben dem Konsum wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 auch durch den Außenhandel und durch Investitionen gestützt.

Zu der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt, trug insbesondere die Rekordbeschäftigung mit niedriger Arbeitslosigkeit bei. Nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 5,3 Prozent. Die Anzahl der Erwerbstätigen erreichte mit rund 44,3 Mio. Personen einen neuen Höchststand. Einen etwas dämpfenden Effekt auf die Steigerung der Realeinkommen hatte der Anstieg der Verbraucherpreise um 1,8 Prozentpunkte.

Entwicklung des Kapitalmarkts

Die weltweite Konjunktur hellte sich im Jahr 2017 weiter auf. Protektionistische Tendenzen und geopolitische Konflikte wirkten sich nur moderat nachteilig auf die globale Konjunktur aus.

Die Inflationsraten im Euroraum und in den USA näherten sich aufgrund der positiven Konjunkturentwicklung und der Entwicklung des Ölpreises der 2-Prozent-Marke. Langfristig höhere Inflationsraten werden bislang in der EU bzw. in den USA nicht erwartet.

Die Zinsen in Deutschland lagen aufgrund der expansiven Geldpolitik weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. So bewegten sich Bundesanleihen im Euroraum mit einer 10-jährigen Restlaufzeit im Jahr 2017 zu Zinssätzen zwischen 0,2 Prozent und 0,6 Prozent. In den USA notierten vergleichbare Anleihen während des gesamten Jahres rund 2 Prozentpunkte höher.

Die Entwicklung des Wechselkurses des Euro zum US-Dollar während des Geschäftsjahres war weitgehend unvorhersehbar. Während zu Beginn des Jahres 2017 noch häufig die Parität von Euro zu US-Dollar vorhergesagt worden war, wertete der Euro während des Jahres deutlich auf (+14,0 Prozent). Der Wechselkurs am Jahresende notierte bei 1,20 US-Dollar je Euro.

Die positive konjunkturelle Entwicklung, die expansive Notenbankpolitik und hohe Unternehmensgewinne bewirkten im Geschäftsjahr eine positive Entwicklung der Aktienmärkte. Sowohl der deutsche Aktienmarkt (z. B. Dax) als auch viele US-Aktienindizes verzeichneten im Geschäftsjahr 2017 historische Höchststände und deutliche Gewinne (Dax: +12,5 Prozent; S&P 500: +19,4 Prozent).

Branchenentwicklung

Die deutsche Versicherungswirtschaft bewegte sich im Jahr 2017 in einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld mit herausfordernden regulatorischen, politischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die zentrale Herausforderung für die Versicherer ist nach wie vor das anhaltende Niedrigzinsumfeld. Bislang beweist die Branche erfolgreich, dass sie mit ihrer auf Sicherheit und Stabilität ausgerichteten Kapitalanlage auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die Bürger bei der Absicherung der Risiken aus der Sach- und Personenversicherung bleibt.

Neben dem Zinsumfeld stellt die hohe Regulierungsintensität, verbunden mit kontinuierlichen Änderungen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. So wurden im Jahr 2017 z.B. die erforderlichen Veränderungen für die ab dem Jahr 2018 geltenden Anforderungen aus dem Investmentsteuerreformgesetz und aus der EU-Vermittlerrichtlinie (Insurance Distribution Directive) vorbereitet. Auch die Umsetzung der Anforderungen des seit dem 1. Januar 2016 gültigen Aufsichtsregimes Solvency II bindet nach wie vor viele Kapazitäten.

Ein weiteres bestimmendes, viele Kapazitäten bindendes Thema im Jahr 2017 war in der Versicherungswirtschaft die digitale Transformation. Die fortschreitende Digitalisierung bietet neue Chancen zur Erweiterung des Geschäftsmodells sowie zur Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten.

Im Geschäftsjahr 2017 verzeichneten die deutschen Versicherer über alle Sparten hinweg in Summe eine moderate Zunahme der Beiträge. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) geht in einer vorläufigen Schätzung (Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2018) von einem Beitragswachstum in Höhe von insgesamt 1,7 (0,2) Prozent aus.

Die Schaden- und Unfallversicherung setzte ihren Aufwärtstrend der Vorjahre fort und erzielte ein Beitragsplus von 2,9 Prozent. Hierzu trug insbesondere die positive Lage der privaten Haushalte bei, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt.

Das Beitragswachstum wurde von nahezu allen Versicherungszweigen getragen. Wie in den Vorjahren gingen starke Impulse von den privaten Sachsparten aus. Insbesondere die Verbundene Wohngebäudeversicherung entwickelte sich mit einer Steigerung von 6,0 Prozent deutlich positiv. Die nicht privaten Sachsparten zeigten mit 1,3 Prozent einen moderaten Beitragsanstieg. Die Kraftfahrtversicherung, mit einem Anteil von rund 40 Prozent der größte Versicherungszweig, legte erneut zu und zeigte ein Wachstum von 4,1 Prozent.

Die Leistungen der Schaden- und Unfallversicherer erhöhten sich im Jahr 2017 nach vorläufigen Schätzungen des GDV gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent. Dabei war das Jahr 2017 wie auch das Vorjahr ein leicht unterdurchschnittliches Naturgefahrenjahr. Einen deutlichen Anstieg der Leistungen zeigten dabei die Verbundene Wohngebäudeversicherung mit 11,0 Prozent und die Kraftfahrtversicherung mit 3,6 Prozent. Die nicht privaten Sachsparten verzeichneten mit 0,8 Prozent eine moderate Steigerung der Leistungen.

Die Combined Ratio (brutto) nach GDV, die neben dem Geschäftsjahresaufwand auch das Abwicklungsergebnis umfasst, lag mit rund 95 Prozent auf dem Vorjahresniveau.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2017 endete mit einem Jahresüberschuss von 33,7 Mio. Euro nach 24,1 Mio. Euro im Vorjahr. Somit ist die Prognose des Vorjahres, die von einem deutlich positiven, über dem Niveau des Geschäftsjahres 2016 liegenden Jahresüberschuss ausging, eingetroffen.

Die Bayerische Landesbrandversicherung konnte mit einem Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge um 3,5 Prozent auf 510,7 (493,3) Mio. Euro ihre gute Stellung als Gebäudeversicherer am Markt behaupten. Das Wachstum resultierte überwiegend aus der Sonstigen und Industriellen Sachversicherung aufgrund der Vertriebsleistung und Sanierungsmaßnahmen im Bestand.

Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag mit 69,5 (69,1) Prozent nahezu auf dem Vorjahresniveau, aufgrund einer stärkeren Belastung durch Sturmschäden in der Sonstigen Sachversicherung aber über Plan. Der Kostensatz (brutto) belief sich auf 23,7 (24,0) Prozent. Die Combined Ratio (brutto) nach GDV belief sich auf 94,4 (94,5) Prozent.

Nach Rückversicherung und Entnahme aus der Schwankungsrückstellung wurde ein versicherungstechnisches Nettoergebnis von 18,5 (19,3) Mio. Euro erzielt. Vor allem bedingt durch die über Plan liegende Schadenbelastung trafen die Prognosen des Vorjahres zur Verbesserung der Versicherungstechnik insgesamt nicht ein.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) erhöhte sich wie prognostiziert von 30,5 Mio. Euro auf 39,3 Mio. Euro. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultierte aus dem höheren Nettoergebnis aus Kapitalanlagen. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen stieg von 3,8 Prozent im Vorjahr auf 4,8 Prozent im Geschäftsjahr. Das Sonstige nichtversicherungstechnische Ergebnis zeigte dagegen einen leichten Rückgang von –0,8 Mio. Euro im Jahr 2016 auf –2,2 Mio. Euro im aktuellen Geschäftsjahr. Die Steueraufwendungen lagen etwas unter dem Vorjahresniveau.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich um 3,5 Prozent auf 510,7 (493,3) Mio. Euro, was im Wesentlichen aus der Sonstigen- und Industriellen Sachversicherung resultierte. Die Treiber hierfür waren vor allem Vertriebsleistung und Sanierungsmaßnahmen im Bestand. Für den eigenen Rückversicherungsschutz wurden 157,3 (145,6) Mio. Euro aufgewendet. Dies entsprach einer Selbstbehaltquote von 69,2 (70,5) Prozent.

Bestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen lag mit 2.752.229 (2.802.043) Verträgen leicht unter dem Vorjahr.

Versicherungsleistungen

Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden (Geschäftsjahresschäden und Spätschäden) belief sich auf 47.864 (46.676) Stück, was auf die im Vergleich zum Vorjahr höhere Sturmbelastung zurückzuführen war.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres beliefen sich auf 354,2 (340,9) Mio. Euro. Diese Entwicklung resultierte vor allem aus einer stärkeren Belastung durch Sturmschäden in der Sonstigen Sachversicherung sowie durch häufigere Großschäden in der Sonstigen Feuerversicherung. Gegenläufig wirkte ein besserer Großschadenverlauf in der Feuer-Industrieversicherung. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag dementsprechend bei 69,5 (69,1) Prozent.

Das Abwicklungsergebnis lag bei 24,4 (23,1) Mio. Euro. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen insgesamt auf 329,8 (317,8) Mio. Euro.

Kosten

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb lagen bei 121,1 (118,4) Mio. Euro. Der absolute Anstieg resultierte sowohl aus den Betriebs- als auch aus den Provisionskosten. Der Abschluss- und Verwaltungskostensatz lag bei 23,7 (24,0) Prozent.

Geschäftsverlauf nach Versicherungszweigen

Beitragsentwicklung gebuchte Bruttobeiträge			Geschä	ftsjahr			V	/orjahr	Veränderung
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	% ¹
Feuer- und Sachversicherung			497,6	97,4			480,5	97,4	3,6
davon:									
 Feuerversicherung 	216,4	42,4			212,6	43,1			1,8
 Verbundene Wohngebäudeversicherung 	179,7	35,2			178,6	36,2			0,6
 Sonstige Sachversicherung 	101,5	19,8			89,3	18,1			13,7
Sonstige Versicherungen			13,1	2,6			12,8	2,6	2,3
Gesamtes Versicherungsgeschäft			510,7	100,0			493,3	100,0	3,5

¹ Prozentangaben bezogen auf gerundete Zahlen in Euro.

Anzahl der gemeldeten Schäden	Geschäftsjahr		Vorjahr	Veränderung
				%
Feuer- und Sachversicherung	47.753		46.569	2,5
davon:				
Feuerversicherung	9.413	11.092		-15,1
 Verbundene Wohngebäudeversicherung 	23.816	23.042		3,4
Sonstige Sachversicherung	14.524	12.435		16,8
Sonstige Versicherungen	111		107	3,7
Gesamtes Versicherungsgeschäft	47.864		46.676	2,5

Feuerversicherung

In der landwirtschaftlichen Feuerversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um 3,4 Prozent auf 72,6 (70,2) Mio. Euro. Ausschlaggebend hierfür waren eine erfolgreiche Anbündelung von Deckungserweiterungen sowie Beitragsanpassungen im Bestand.

Der Brutto-Geschäftsjahresschadenaufwand lag mit 41,3 (42,1) Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote reduzierte sich auf 57,5 (60,3) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung war auf das rückläufige Bruttoergebnis,

bedingt durch den höheren Rückstellungsbedarf für Vorjahresschäden, zurückzuführen und belief sich auf 4,9 (7,7) Mio. Euro.

In der Sonstigen Feuerversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund von Vertriebsleistung und Beitragsanpassungen um 1,0 Prozent auf 101,8 (100,8) Mio. Euro.

Der Brutto-Geschäftsjahresschadenaufwand erhöhte sich großschadenbedingt gegenüber dem Vorjahr auf 71,2 (64,1) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag demzufolge bei 69,8 (63,7) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich auf 0,9 (2,5) Mio. Euro.

Die gebuchten Bruttobeiträge der Industriellen Feuerversicherung lagen mit 42,0 (41,6) Mio. Euro über dem Vorjahresniveau.

Der Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwand ging aufgrund der höheren Großschadenbelastung im Vorjahr auf 33,6 (46,1) Mio. Euro zurück. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote verringerte sich folglich auf 79,9 (109,9) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei –3,7 (–4,7) Mio. Euro, was überwiegend auf das deutlich rückläufige Rückversicherungsergebnis zurückzuführen war.

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stiegen um 0,7 Prozent auf 179,7 (178,6) Mio. Euro.

Der Brutto-Geschäftsjahresschadenaufwand lag mit 110,2 (108,4) Mio. Euro leicht über dem Vorjahr. Die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenquote belief sich auf 61,0 (60,2) Prozent.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis lag bei 22,7 (17,9) Mio. Euro.

Sonstige Sachversicherung

Der Geschäftsverlauf der wesentlichen Versicherungsarten der Sonstigen Sachversicherung wird im Folgenden beschrieben.

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Sturmversicherung stiegen um 7,2 Prozent auf 24,1 (22,5) Mio. Euro aufgrund steigender Vertriebsleistung. Die höhere Schadenbelastung durch vermehrte Kumulereignisse führte zu einem Anstieg der Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 79,5 (27,0) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich auf 1,8 (3,1) Mio. Euro.

In der Extended-Coverage(EC)-Versicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund Vertriebsleistung, Beitragsanpassungen und konzerninterner Umstellungen um 13,3 Prozent auf 56,2 (49,6) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote sank auf 63,6 (81,0) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung belief sich auf –2,1 (–3,2) Mio. Euro. Die Verbesserung im versicherungstechnischen Bruttoergebnis wurde durch ein rückläufiges Rückversicherungsergebnis nahezu vollständig kompensiert.

Sonstige Versicherungen

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung stiegen um 2,1 Prozent auf 12,9 (12,6) Mio. Euro. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote erhöhte sich durch häufigere Großschäden auf 165,6 (137,0) Prozent. Das versicherungstechnische Nettoergebnis nach Schwankungsrückstellung lag bei –2,0 (–1,2) Mio. Euro.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 41,5 (31,3) Mio. Euro.

Die Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 53,6 (42,6) Mio. Euro setzten sich aus laufenden Erträgen in Höhe von 50,7 (41,2) Mio. Euro und außerordentlichen Erträgen in Höhe von 2,6 (1,2) Mio. Euro sowie Erträgen aus Gewinnabführung in Höhe von 0,3 (0,2) Mio. Euro zusammen.

Der Anstieg der laufenden Erträge war im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Investmentanteilen in Höhe von 6,3 (4,8) Mio. Euro bei stabilen Erträgen aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 3,2 (3,3) Mio. Euro sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 0,6 (0,8) Mio. Euro zurückzuführen.

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 2,6 (1,2) Mio. Euro resultierten im Geschäftsjahr aus der Realisierung von Investmentanteilen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 12,1 (11,3) Mio. Euro waren im Vergleich zum Vorjahr auf ähnlichem Niveau.

Die Nettoverzinsung erreichte 4,8 (3,8) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode – lag bei 4,5 (3,6) Prozent.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis (vor Steuern) belief sich auf 39,3 (30,5) Mio. Euro. Der Anstieg resultierte aus dem gestiegenen Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, insbesondere aufgrund höherer Beteiligungserträge. Dagegen stand ein leicht höherer Aufwandssaldo der Sonstigen Nichtversicherungstechnik, der im Wesentlichen aus höheren Zinsaufwendungen für Altersvorsorge

resultierte. Die Steueraufwendungen lagen etwas unter dem Vorjahresniveau.

Jahresüberschuss

Das versicherungstechnische Nettoergebnis verschlechterte sich auf 18,5 (19,3) Mio. Euro. Das Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung verbesserte sich auf 39,3 (30,5) Mio. Euro. Damit belief sich das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit auf 57,8 (49,8) Mio. Euro. Nach Steuern ergaben sich ein Jahresüberschuss und ein Bilanzgewinn von 33,7 (24,1) Mio. Euro.

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung sichergestellt. Diese Liquiditätsplanung berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen aus und Rückzahlungen von Kapitalanlagen stammen. Sie werden mit den Auszahlungen, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs und Investitionen bestehen, zusammengeführt.

Die für das Versicherungsgeschäft wesentliche Investitionstätigkeit findet im Rahmen der Kapitalanlagen statt. Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

"Investitionszweck" im Hinblick auf die freien Mittel der Bayerischen Landesbrandversicherung ist eine optimierte Kapitalanlage. Dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht folgend, sind sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt sind.

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 104,9 (67,8) Mio. Euro. Damit lag die Neuanlagequote bei 12,6 (8,2) Prozent des Kapitalanlagebestands.

Investitionsschwerpunkte waren im Jahr 2017 Anteile an verbundenen Unternehmen mit einem Zugang in Höhe von 43,8 Mio. Euro sowie Investmentanteile mit einem Zugang in Höhe von 10,1 Mio. Euro. Es wurden 41,0 Mio. Euro in Einlagen bei Kreditinstituten angelegt. Über Investmentanteile wurden rund 52 Prozent in Zinsträger investiert.

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen setzten sich im Wesentlichen aus Zugängen der Gesellschaften Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B in Höhe von 32,3 Mio. Euro, Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG in Höhe von 7,6 Mio. Euro, Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – C in Höhe von 2,1 Mio. Euro und OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG in Höhe von 1,8 Mio. Euro zusammen.

Zum Abschlussstichtag bestanden Investitionsverpflichtungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 0,9 Mio. Euro.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Bayerischen Landesbrandversicherung stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva		Geschäftsjahr			
	Mio. €	%	Mio. €	%	
Immaterielle Vermögensgegenstände	73,6	6,7	80,0	7,6	
Kapitalanlagen	891,6	80,8	832,7	79,3	
Übrige Aktiva	138,5	12,5	137,3	13,1	
Gesamt	1.104,0	100,0	1.050,0	100,0	

Passiva		Geschäftsjahr			
	Mio. €	%	Mio. €	%	
Eigenkapital	293,4	26,6	283,8	27,0	
Versicherungstechnische Rückstellungen	523,0	47,4	494,7	47,0	
Übrige Passiva	287,4	26,0	271,5	26,0	
Gesamt	1.104,0	100,0	1.050,0	100,0	

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Den versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 523,0 (494,7) Mio. Euro standen Kapitalanlagen in Höhe von 891,6 (832,7) Mio. Euro sowie Eigenkapital in Höhe von 293,4 (283,8) Mio. Euro gegenüber. Derzeit besteht kein Bedarf an Finanzierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen hatten mit 149,4 (128,9) Mio. Euro einen wesentlichen Anteil an den übrigen Passiva. Gemäß § 253 Abs. 2 HGB n.F. entspricht der angewandte Rechnungszins einem 10-Jahres-Durchschnittszins in Höhe von 3,68

(4,00) Prozent. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus der jährlichen Zuführung (Zins- und Personalaufwand sowie Aufwand aus dem Zinsänderungseffekt). Die Veränderung der übrigen versicherungsmathematischen Bewertungsparameter gegenüber dem Vorjahr hatte keinen wesentlichen Einfluss.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Eigenkapital		Vorjahr		
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eingefordertes Kapital	51,1	17,4	51,1	18,0
Kapitalrücklage	15,7	5,4	15,7	5,5
Gewinnrücklagen	192,9	65,7	192,9	68,0
Bilanzgewinn	33,7	11,5	24,1	8,5
Gesamt	293,4	100,0	283,8	100,0

Gesetzliche Kapitalanforderungen

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigte für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen der Bayerischen Landesbrandversicherung erhöhte sich um 7,1 Prozent auf 891,6 (832,7) Mio. Euro.

Die Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 104,9 (67,8) Mio. Euro und Abgängen in Höhe von 42,3 (54,8) Mio. Euro.

In den Investmentanteilen setzte sich der Bestand im Wesentlichen aus Zinsträgern mit einem Anteil von rund 64 Prozent und Aktien mit einem Anteil von rund 24 Prozent zusammen.

Die Abgänge beliefen sich bei den Anteilen an Investmentvermögen auf 31,8 Mio. Euro und bei den Sonstigen Ausleihungen auf 10,5 Mio. Euro und waren durch Verkäufe bzw. durch Endfälligkeit begründet.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen		Geschäftsjahr		Vorjahr
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten				
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	119,1	13,4	112,8	13,5
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	90,2	10,1	46,4	5,6
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen			-	
und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	336,1	37,7	357,8	43,0
Inhaberschuldverschreibungen				
und andere festverzinsliche Wertpapiere	30,5	3,4	30,6	3,7
Sonstige Ausleihungen	145,7	16,3	156,1	18,7
Einlagen bei Kreditinstituten	170,0	19,1	129,0	15,5
Gesamt	891,6	100,0	832,7	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 681,9 (745,1) Mio. Euro und lagen bei 76,5 (89,5) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen (brutto) setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Geschäftsjahr			Vorjahr
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	175,3	24,5	174,2	26,1
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	428,5	59,9	377,6	56,6
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	109,9	15,4	114,7	17,2
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1,2	0,2	1,0	0,1
Gesamt	714,9	100,0	667,5	100,0

Die Schadenrückstellungen entwickelten sich entsprechend dem Geschäftsvolumen und Schadenverlauf.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Unternehmensleitung der Bayerischen Landesbrandversicherung bewertet die geschäftliche Entwicklung vor dem Hintergrund des gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfeldes zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts insgesamt als günstig. Das Unternehmen verfügt über eine ausreichende Eigenmittelausstattung sowie über eine zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität. Die im Vorjahr prognostizierte Verbesserung des Unternehmensergebnisses wurde erreicht. Hierzu führte das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, das das geplante Ergebnis übertroffen hat. Die im Vorjahr prognostizierte Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses ist vor allem aufgrund einer über Plan liegenden Schadenbelastung durch Sturmschäden nicht eingetreten.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde vom Vorstand am 22. Februar 2018 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß §312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: "Nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen."

Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungen

Die Bayerische Landesbrandversicherung AG übernahm mit Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträgen Aufgaben aus den Querschnittsbereichen (z.B. Anwendungsentwicklung, Controlling, Interne Revision, Rechnungswesen, Unternehmensrecht, Vertrieb, Zentrale Aufgaben Kapitalanlage sowie weitere Verwaltungsaufgaben) für verschiedene Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer.

Die Rückversicherungsaktivitäten werden von der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG wahrgenommen.

Aufgrund der Vereinbarung mit der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts stellt diese dem Unternehmen gegen Übernahme der laufenden Aufwendungen Beamte zur Verfügung.

Die Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG übernimmt Querschnittsfunktionen (Komposit Querschnitt, Mathematik/Tarifentwicklung Komposit etc.) im Bereich Komposit sowie das Individualgeschäft in den Kompositsparten für die Bayerische Landesbrandversicherung, die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts (kommunales Versicherungsgeschäft), die Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und in Teilen für die SAARLAND Feuerversicherung AG, die OVAG Ostdeutsche Versicherung AG und die Versicherungskammer Bayern - Landesbrand Vertriebs- und Kundenmanagement GmbH.

Die SAARLAND Feuerversicherung erbringt im Bereich Privat- und Individualkunden Komposit Dienstleistungen in der Vertrags- und Schadenbearbeitung.

Die Funktionen Betrieb, Schaden und Leistung sowie der Zahlungsverkehr für die Sparten Leben, Kranken und Komposit für den Privatkundenbereich sind im Ressort Zentraler Kunden- und Vertriebspartnerservice organisatorisch zusammengefasst. Die Bayerische Landesbrandversicherung hat mit Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträgen die Aufgaben übernommen.

Sämtliche Aufgaben im Bereich elektronische Datenverarbeitung und zur Vereinheitlichung der konzerninternen

EDV-Technik bzw. IT-Infrastruktur und Leistungen im Bereich EDV-Technik werden von der VKBit Betrieb GmbH für die zum Konzern Versicherungskammer gehörenden Unternehmen erbracht.

Personal- und Sozialbericht

Der Konzern Versicherungskammer hat sich zum Ziel gesetzt, in allen Geschäftsgebieten für seine Kunden erste Wahl zu sein.

Um seine Marktposition zu stärken, bildet der Konzern sogenannte Navigatoren mit fundierten Kenntnissen in operativer Exzellenz im Unternehmen aus. Diese Mitarbeiter¹ fördern als methodische Partner der jeweiligen Abteilungen eine kundenorientierte und effiziente Arbeitsweise.

Der Konzern Versicherungskammer fordert und fördert engagierte Mitarbeiter und unterstützt sie durch fachliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ziel der betrieblichen Aus- und Weiterbildung ist es, den Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften durch die Förderung und Entwicklung eigener Mitarbeiter zu decken. Die meisten Führungskräftepositionen für die erste und zweite Führungsebene werden mit eigenem Nachwuchs besetzt. Zur Sicherstellung der Qualität des Führungskräftenachwuchses gibt es für beide Führungsebenen ein mehrmonatiges Programm zur Auswahl und Entwicklung. Um eine erfolgreiche und zielorientierte Weiterbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden Personalentwicklungsmaßnahmen grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet. Das Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen, Organisationsentwicklungsmaßnahmen, Seminaren, Förderangeboten, Instrumenten zur Karriereplanung und Schulungen zu Führung, Kommunikation und Vertrieb zusammen. Der Konzern Versicherungskammer fördert darüber hinaus verschiedene berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen.

Der Konzern Versicherungskammer bietet jährlich einer hohen Anzahl von geeigneten Bewerbern einen Ausbildungsplatz an. Neben dem Berufseinstieg über die klassische Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen bzw. zum Fachinformatiker legt der Konzern Versicherungskammer seit dem Jahr 1998 regelmäßig für Hochschul- und Fachhochschulabsolventen duale Studiengänge und für Hochschulabsolventen Traineeprogramme auf.

Das Führungsverständnis folgt seit vielen Jahren der Konzernstrategie und den "Konzerngrundsätzen zur Führung und Zusammenarbeit". Zielvereinbarungen und Leistungsbeurteilungen sind ein fester Bestandteil der täglichen Arbeit. Mitarbeiter der zweiten Führungsebene oder solche mit einem übertariflich dotierten Arbeitsvertrag erhalten eine variable Vergütung, die an den Konzernzielen und der individuellen Leistung der Mitarbeiter ausgerichtet ist.

Der Konzern Versicherungskammer bietet verschiedene Arbeitszeitmodelle an, die die Interessen der Mitarbeiter mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang bringen. Neben den Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit oder zum Jobsharing in Führungspositionen wird auch die Option des mobilen Arbeitens ermöglicht.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement fördert die Gesundheit der Beschäftigten und trägt dazu bei, dass Mitarbeiter leistungsfähig, motiviert und gesund bleiben. Dies wird durch ein systematisches Management der betrieblichen Gesundheit und durch die Stärkung der Eigenverantwortung in Bezug auf Gesundheitsförderung erreicht.

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist ein Prozess, der die nachhaltige, gesundheitsbewusste Gestaltung von Arbeit, Organisation und Verhalten zum Ziel hat. Arbeitsgestaltung, Verhalten und Führung/Management müssen gleichermaßen miteinbezogen werden. Außerdem sollen Mitarbeiter und Führungskräfte in ihren mentalen, physischen und professionellen Reserven gestärkt werden. Betriebliches Gesundheitsmanagement umfasst als ganzheitliche Strategie Planung, Koordination, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen, die sowohl zur individuellen Gesundheit des einzelnen Mitarbeiters als auch zu einer "gesunden Organisation" beitragen. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bietet der Konzern Versicherungskammer seinen Beschäftigten deshalb ein umfassendes und vielfältiges Jahresprogramm an. Dieses steht unter einem wechselnden Motto (z. B. "2017bewegend") und hält vielfältige Angebote, darunter die Aktion Treppensteigen oder die jährliche Blutspendeaktion, bereit. Der Konzern Versicherungskammer verfolgt eine familienbewusste Personalpolitik und hat diese im Rahmen der zweiten Re-Auditierung durch die berufundfamilie Service GmbH verstärkt auf alle Konzernunternehmen in der Region ausgeweitet. Das Unternehmen fördert auf diese Weise seit vielen Jahren die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen und positioniert sich im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten als attraktiver Arbeitgeber.

Die Vorstände haben für die mitbestimmten Unternehmen neue Zielgrößen für den Frauenanteil der beiden obersten Führungsebenen festgelegt. Diese sind in den Lageberichten der jeweiligen Gesellschaften veröffentlicht. Die Auswirkungen auf die vom Gesetzgeber geforderten Quo-

¹ Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die m\u00e4nnliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverst\u00e4ndlich auch die Mitarbeiterinnen.

ten auf Unternehmensebene sind je nach Geschäftsfeld, Größe der Gesellschaft und Art der Dienstleistungsbeziehungen im Konzern unterschiedlich deutlich erkennbar. Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einer überwiegend arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung über eine Unterstützungskasse.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2017. Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Für die in den konsolidierten Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen waren im Jahr 2017 durchschnittlich 6.748 (6.792) Mitarbeiter tätig, davon waren 3.993 (4.060) Vollzeitangestellte, 1.607 (1.538) Teilzeitangestellte, 850 (867) angestellte Außendienstmitarbeiter und 298 (327) Auszubildende.

Die Bayerische Landesbrandversicherung beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 2.126 (1.988) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Chancen- und Risikobericht

Chancen durch Unternehmenspolitik

Chancen durch Vertriebspräsenz, Service und Kooperationen

Als Serviceversicherer legt der Konzern Versicherungskammer viel Wert auf Kundennähe. Der angestellte Vertrieb, die Bayerische Versicherungskammer Landesbrand Kundenservice GmbH, betreut seit Jahrzehnten im gesamten Geschäftsgebiet den ehemaligen Monopolbestand in der Feuerversicherung und baut stetig die Kundenverbindungen aus.

In Kundenbefragungen wird der Versicherungskammer Bayern ein hohes Maß an Gebäudekompetenz zugesprochen. Die Gründe für diese Gebäudekompetenz sind eine über 200-jährige Erfahrung im Bereich der Gebäudeversicherung, Marktführerschaft im Geschäftsgebiet Bayern und Pfalz und eine hohe wahrgenommene fachliche Kompetenz in der Wertermittlung und Schadenregulierung. Hervorzuheben sind auch unsere Kundennähe und unsere regionalen Wurzeln. Die Versicherungskammer Bayern hat den Anspruch, diese Gebäudekompetenz stetig weiterzuentwickeln. Dabei wird nicht nur Wert auf das Kerngeschäft der Gebäudeversicherung gelegt, sondern auch auf die Weiterentwicklung von Mehrwertleistungen und Services für unsere Kunden.

Die Versicherungskammer Bayern versteht sich als Partner rund um das Haus und unterstützt als kompetenter Ansprechpartner mit dem Konzept des "Gebäudelebenszyklus" den Kunden in allen Phasen von der Hausplanung bis zum Hausverkauf. Dazu zählen unter anderem die Beratung in den Bereichen Brandschutz, Rauchwarnmelder oder Hochwasserschutzmaßnahmen sowie die Vermittlung von Handwerkern. Zusammen mit dem Kooperationspartner Mondial Kundenservice (MKS) hat der Konzern Versicherungskammer deshalb den Gebäude-Schaden-Service gegründet. Dieser gewährleistet für die Kunden schnelle Hilfe und eine reibungslose Abwicklung im Schadenfall. Bei Bedarf wird eine individuelle Begleitung durch Sachverständige angeboten. Die Versicherungskammer Bayern wird diesen Service weiterentwickeln, um den Kunden auch für Alltagssituationen Sicherheit zu bieten.

Auch in Zukunft wird der Konzern Versicherungskammer weitere Services entwickeln und ausbauen. Konkret sorgen wir beispielsweise nach Extremwetterereignissen (Hochwasser u. Ä.) bei unseren Kunden vor Ort für eine rasche Schadenregulierung und präventive Beratung. Kunden, die aufgrund solcher Ereignisse keinen Zugriff auf ihre Versicherungsunterlagen haben, werden unter anderem durch Radiospots über die Kontaktdaten des Konzerns Versicherungskammer informiert. Es werden bei Bedarf kurzfristig mobile Schadenbüros vor Ort eingerichtet. Mit dem Unwetterwarnservice WIND (weather information on demand) und der MehrWetter-App haben die Kunden die Möglichkeit, sich vor extremen Wetterereignissen rechtzeitig zu schützen.

Angesichts der deutlich zunehmenden Extremwetterereignisse ist die Absicherung sogenannter Elementarrisiken, etwa durch Hochwasser oder Starkregen, seit mehreren Jahren Thema in der Politik wie auch in der Versicherungswirtschaft. Nach Angaben des GDV sind nur rund 40 Prozent der Hauseigentümer in Deutschland gegen Elementarschadenrisiken versichert (Bayern: 30 Prozent, Pfalz: 29 Prozent). Ende März 2017 hatte die Bayerische Staatsregierung per Kabinettsbeschluss entschieden, ab Juli 2019 Unwetteropfern keine staatlichen Soforthilfen mehr zu gewähren, sofern das Gebäude versicherbar gewesen wäre. Zugleich wurde eine Vereinbarung ausgearbeitet, um die Versicherungsdichte in Bayern signifikant zu erhöhen. Die Versicherungskammer Bayern nimmt diese Vereinbarung mit der Bayerischen Staatsregierung sehr ernst. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in unserem Geschäftsgebiet werben wir für mehr Eigenverantwortung der Gebäudebesitzer und informieren über die Notwendigkeit einer Naturgefahrenversicherung. Die Ergebnisse zeigen, dass dies bisher zumindest ein Stück weit gelungen ist. Rund die Hälfte unserer Kunden schließt aktuell beim Abschluss einer Wohngebäudeversicherung den Elementarschutz mit ein.

Das Marktumfeld in der deutschen Sach-Industrieversicherung ist durch anhaltend hohen Wettbewerb in Verbindung mit Überkapazitäten gekennzeichnet. Die Bayerische Landesbrandversicherung reagiert hierauf mit der Weiterentwicklung einer risikoorientierten Portfoliosteuerung.

Dies wirkt sich positiv auf den Ertrag aus und bildet damit die Basis für die zukünftige Zeichnungspolitik.

Die Versicherungskammer Bayern entwickelt neue, modulare Produkte für die Kundengruppen Gewerbe, freie Berufe und Landwirtschaft. Alle wesentlichen Kompositsparten werden in eine neue, einheitliche Angebotsplattform integriert. Diese verbessert und vereinfacht den Verkaufsprozess für alle Vertriebspartner. Damit etabliert sich die Versicherungskammer Bayern weiter im Markt und erhöht ihre Bekanntheit als kompetenter Gewerbeversicherer. Ebenso wird die hervorragende Marktposition als Landwirtschaftsversicherer gestärkt.

Chancen durch externe Rahmenbedingungen

Chancen durch fortschreitende Digitalisierung

Neue digitale Technologien und die damit verbundene Vernetzung zahlreicher Lebensbereiche beeinflussen das Kundenverhalten und die Art und Weise, wie der Konzern Versicherungskammer künftig seine Geschäfte führen wird. Die Digitalisierung eröffnet dem Unternehmen neue Wege in der Datenerfassung und -nutzung, schafft Möglichkeiten für innovative Produktlösungen und eine optimierte Kundeninteraktion. Die Digitalisierungs-Roadmap des Konzerns Versicherungskammer baut künftig verstärkt auf die Nutzung von Onlinediensten, um den Austausch mit den Kunden und Vertriebspartnern zu verbessern und gezielter auf deren Bedürfnisse eingehen zu können.

Im Jahr 2017 hat der Konzern Versicherungskammer gemeinsam mit anderen Versicherern die Initiative InsurTech Hub Munich gegründet. Ziel ist es, die digitale Transformation gemeinsam aktiv zu gestalten und München zu einem attraktiven Standort für die besten internationalen Start-ups zu formen.

Als Branchenvorreiter nutzt der Konzern Versicherungskammer erfolgreich kognitive Technologien. Im Fokus dieser Technologien steht die Verknüpfung kognitiver Systeme mit Big Data/Analytics, um heterogene und unstrukturierte Datenmengen besser auswerten und die Erkenntnisse nutzbringend verwerten zu können. Texte und somit auch Kundenbelange werden präziser und schneller erfasst und können effektiver bearbeitet werden. Auf Basis dieser Erkenntnisse wird der Einsatz kognitiver Technologien auch im Jahr 2018 weiter ausgebaut.

Über das Kundenportal "Mein Premiumservice" erhalten die Kunden einen persönlichen digitalen Versicherungsordner,

in dem sie ihre gesamten Versicherungen einsehen und verwalten können. Die Korrespondenz zwischen Unternehmen und Kunde erfolgt über ein elektronisches Postfach. Ein Self-Service-Bereich ermöglicht es den Kunden zudem, eigenhändig Geschäftsvorfälle anzustoßen, wie z.B. die Änderung der Heimatadresse oder der Kontoverbindung.

Neben der Optimierung des Kundenportals wird auch die Integration der Internetfiliale 6.0 der Sparkassen weiter ausgebaut. Dort stehen den Kunden alle Tarifrechner des Konzerns zur Verfügung. Zudem können diese über ein elektronisches Postfach ihres Onlinebankings sämtliche Versicherungsdokumente einsehen.

Von neuen Onlinediensten profitieren auch die Vertriebspartner. Seit Mitte des Jahres 2017 haben sie die Möglichkeit, Kfz-Angebote schnell und einfach via Tablet zu berechnen. Nach Abfotografieren des Fahrzeugscheins des Kunden liest die App "VKB Kfz-Tarif leicht gemacht" binnen Sekunden alle relevanten Daten aus. Innerhalb weniger Minuten erhält dann der Kunde ein individuelles, bedarfsgerechtes Angebot.

Chancen durch Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der fortschreitenden Digitalisierung und der sich wandelnden Kundenbedürfnisse ist es von besonderer Wichtigkeit, vielfältige Kompetenzen zu fördern und qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden.

Diversity ist von Bedeutung, um qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte zu gewinnen und langfristig an den Konzern Versicherungskammer zu binden. Diversity setzt auf die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Mitarbeiter und schafft ein von Respekt und Wertschätzung geprägtes, vorurteilsfreies Arbeitsumfeld.

Im Konzern Versicherungskammer engagieren sich die Mitarbeiter und Führungskräfte auf freiwilliger Basis und eigeninitiativ für die Entwicklung der konzernweiten Zusammenarbeit. Daraus entstehen Maßnahmen zur Teamentwicklung, zum Führungsverhalten, zur generationenund hierarchieübergreifenden Zusammenarbeit sowie zum Miteinander der Standorte.

Auch die Förderung von Frauen in qualifizierten Fachund Führungsfunktionen gehört zum Diversity-Programm, genauso wie die Vereinbarkeit individueller Lebensentwürfe mit den beruflichen Erfordernissen, beispielsweise mit dem Jobsharing von Führungskräften in Teilzeit.

Ebenso leistet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Talente einen nachhaltigen Wertbeitrag zum Unternehmenserfolg. Ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld bildet dabei die Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bayerische Landesbrandversicherung sieht ihre Chancen in erster Linie im weiteren Ausbau ihrer führenden Wettbewerbsposition im Geschäftsgebiet. Durch die flächendeckende Service- und Vertriebspräsenz, das breit gefächerte Produktportfolio für die verschiedenen Kundengruppen, die Anpassung von Verkaufsprozessen und einen intensiven Dialog mit derzeitigen und potenziellen Kunden im Rahmen zahlreicher Initiativen und Projekte ist das Unternehmen für zukünftige Wachstumsfelder gut positioniert. Ziel ist es, sich noch stärker in die Systeme der Vertriebspartner zu integrieren, um so den Kundenbedarf vor Ort noch einfacher zu ermitteln und den Verkaufsprozess weiter zu verschlanken.

Die Bayerische Landesbrandversicherung sichert die Anforderungen aus Solvency II durch ihr solides Anlagenportfolio und ihr Risikomanagementsystem.

Der Vorstand sieht das Erkennen und Wahrnehmen von Chancen als integralen Bestandteil des Managements des Konzerns Versicherungskammer. Daher werden die Veränderungen der Rahmenbedingungen laufend beobachtet, um frühzeitig Chancen zu identifizieren und mit passenden Versicherungsprodukten flexibel darauf reagieren zu können.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen gewährleistet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß Abschnitt 3 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des VAG sowie an den Anforderungen nach Solvency II.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Risikomanagements. Er trifft hier gemäß §91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen, damit der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist und gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Dabei wird er vom Unternehmens-Risikoausschuss unterstützt, der entsprechende Empfehlungen an den Vorstand des Unternehmens ausspricht.

Die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wird im Konzern Versicherungskammer zentral von der Abteilung Konzernrisikocontrolling ausgeführt. Sie koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Geschäftsbereichen. Dabei wird sie von den dezentralen Risikocontrollingeinheiten unterstützt.

Das dezentrale Risikocontrolling des Unternehmens setzt sich aus dem Kapitalanlagecontrolling, dem Aktuariat Komposit, der Rückversicherung sowie den dezentralen Controllingeinheiten zusammen.

Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht es, Risiken frühzeitig und flächendeckend zu identifizieren, einzuschätzen und vorausschauend zu steuern.

Die Risikostrategie des Unternehmens leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragssituation des Unternehmens wird mithilfe eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern wurden darüber hinaus Gremien (z. B. Risikoausschuss, Governance-Ausschuss, Modellkomitee) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung und Entscheidungsvorbereitung und gewährleisten die Förderung der Risikokultur sowie die Umsetzung konzernweiter Standards.

Im Zuge des Risikomanagementprozesses führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens auswirken können. Um diese Risiken zu vermeiden bzw. zu reduzieren, werden spezifische Handlungsstrategien plausibilisiert und bei Bedarf weiterentwickelt.

Das Reporting über eingegangene Risiken, die aktuelle Risikosituation und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens erfolgt über die Risikomanagementfunktion.

Das Unternehmen führt mindestens einmal pro Jahr eine umfassende unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) durch. Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte dies turnusmäßig auf Basis des Stichtags 31. Dezember 2016. Eine anlassbezogene Beurteilung war im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht notwendig.

Risikoprofil

Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, werden im Rahmen des Risikoprozesses identifiziert, analysiert, bewertet und durch die zuständigen Fachbereiche gesteuert.

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch Marktrisiken und versicherungstechnische Risiken dominiert.

Die Marktrisiken beschreiben die Unsicherheit der Kapitalanlage in Bezug auf die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen sowie hinsichtlich der zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten. Dies schließt beispielsweise das Aktien-, Spread-, Immobilien-, Zins- oder Wechselkursrisiko mit ein.

Das versicherungstechnische Risiko im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung beschreibt das Risiko, dass die versicherten Schäden über den Erwartungen liegen können. Wesentliche Risiken sind dabei das Prämien- und das Reserverisiko sowie Kumul- bzw. Katastrophenrisiken.

Das Risikoprofil umfasst zudem Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft (Gegenparteiausfallrisiko), operationelle Risiken aus menschlichem, technischem, prozessualem oder organisatorischem Versagen sowie Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken. Diese Risiken sind eher von untergeordneter Bedeutung.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bemisst sich an der Ungewissheit in Bezug auf Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkursen und Devisenkursen) sowie über die Abhängigkeiten und ihre Volatilitätsniveaus. Es leitet sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab.

Die Kapitalanlagen des Unternehmens werden grundsätzlich nach dem Prinzip der unternehmerischen Vorsicht angelegt. In einem Anlagekatalog sind zulässige Anlageklassen und Anlagegrundsätze enthalten. Dadurch wird sichergestellt, dass die Marktrisiken, die insbesondere aus der Anlagetätigkeit resultieren, quantifizierbar und beherrschbar sind. Im Rahmen der Anlageplanung werden diese Vorgaben präzisiert. Dabei sind insbesondere die dauerhafte Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung, die dauerhafte Bedeckung der Verpflichtungen durch das Sicherungsvermögen sowie eine Mindestverzinsung sicherzustellen.

Das Unternehmen hat umfangreiche Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden mithilfe von Stresstests sowie Szenario- und Sensitivitätsanalysen die Risikotragfähigkeit sowie die Auswirkungen auf die HGB-Bilanz und die Solvabilitätsübersicht überprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen zusammen mit den Verbindlichkeiten abzuleiten.

Konkret werden z.B. die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus, ein wesentlicher Schock an den Aktienmärkten sowie eine Verschlechterung der Bonität von Zinsträgern untersucht, um weiterhin vorausschauend agieren zu können.

In den betrachteten Szenarien und im betrachteten Planungszeitraum ist das Unternehmen in der Lage, alle handelsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Ebenso bleibt die Eigenmittelausstattung stets deutlich oberhalb der intern definierten Warnschwelle. Darüber hinaus werden mit Blick auf das Konzentrationsrisiko interne Limits für Mischung und Streuung der Kapitalanlagen festgelegt und deren Einhaltung überwacht.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten. Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Zur Sicherstellung einer Mindestverzinsung nach HGB wird in der Planung für jede Risikokategorie ein ausreichendes Risikobudget zur Verfügung gestellt. Für volatile Anlageklassen, wie z. B. Aktien, muss ein größeres Risikobudget zur Verfügung gestellt werden, sodass im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung die Erzielung der Mindestverzinsung nicht gefährdet wird.

Etwa 39 Prozent der Kapitalanlagen (gemessen am Marktwert) sind in Zinsträger investiert und somit dem **Zinsrisiko** und größtenteils dem **Spreadrisiko** ausgesetzt. Die Zinsträger entfallen überwiegend auf Staatsanleihen (71,0 Mio. Euro) sowie auf Unternehmensanleihen (267,6 Mio. Euro).

Insbesondere im indirekten Bestand enthaltene Aktien, außerbörsliche Eigenkapitalinstrumente, Private Equity, Rohstoffe sowie zum Teil Anlageinstrumente mit Merkmalen von Aktien und Schuldverschreibungen unterliegen dem **Aktienrisiko**. Diese entsprechen etwa 19 Prozent (Zeitwert: 292,3 Mio. Euro) der gesamten Kapitalanlagen des Unternehmens. Der Bestand an Aktien im Direktbestand ist von untergeordneter Bedeutung.

Das **Immobilienrisiko** betrifft sowohl direkt gehaltene Grundstücke und Bauten (642,7 Mio. Euro) als auch Immobilienbeteiligungen im indirekten Bestand (27,0 Mio. Euro).

Alle wesentlichen Wechselkursrisiken aus Fremdwährungsinvestitionen sind abgesichert. Es bestehen keine Verbindlichkeiten in Fremdwährungen.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko entsteht dadurch, dass sich die Marktwertveränderungen aller zinssensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht gegenläufig ausgleichen.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten.

Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

Unterstellt man im Bereich der Zinsträger zum Bilanzstichtag eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, führt dies zu einer Verminderung des Zeitwertes um 23,4 Mio. Euro. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit gegeben.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko ergibt sich aus dem Volumen und der Art der festverzinslichen Wertpapiere, der Bonität der Emittenten sowie der zugrunde liegenden Duration. Die Volatilität der Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins und die daraus resultierenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen stellen das Spreadrisiko dar.

Die hohe Kreditqualität des Bestands an Zinsträgern zeigt sich daran, dass zum Stichtag 93 Prozent der Zinsträger mit einer Bonitätsbeurteilung im Investmentgrade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Bonitätsstufen stellt sich im Unternehmen für den jeweiligen Bestand an Zinsträgern nach Zeitwerten wie folgt dar:

		Anteile d	er Bonitätsstuf	en in Prozent
Zinsträger	AAA/AA	A/BBB	BB/B	NR CCC-D
Staatsanleihen und -darlehen	83,3	8,2	8,5	_
Unternehmensanleihen	20,8	66,6	12,5	0,1
Pfandbriefe/Covered Bonds	100,0	_	_	_
Sonstige Zinsträger	33,3	66,7	_	_
Gesamtbestand	40,1	52,9	7,0	_

Das Spreadrisiko wird durch strenge Vergabemodalitäten und ein Limitsystem zur Sicherstellung einer angemessenen Mischung und Streuung minimiert. Die Exponierung in Spreadrisiken innerhalb des indirekten Bestands wird ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte werden laufend überwacht.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktienund Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedgefonds, Aktienfonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen).

Der Bestand an Aktien und mit Aktienrisiko behafteten Investitionen beträgt etwa 19 Prozent des Kapitalanlagebestands.

Zur Minderung des Aktienrisikos sowie zur Verbesserung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses der Aktienanlagen werden dynamische Quotensteuerungsstrategien eingesetzt. Im Rahmen der Anlageplanung werden Zielquoten sowie zulässige Bandbreiten für die Aktienanlagen festgelegt. Die Quotensteuerung zielt auf eine möglichst hohe Aktienrendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Kursverluste im Fall von kritischen Marktentwicklungen ab. Die operative Steuerung erfolgt mittels Derivaten, d.h. Futures

und Optionen (jeweils Long- und Shortpositionen) auf Aktienindizes entsprechend dem zugrunde liegenden Aktienbestand.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 30 Prozent und der Beteiligungszeitwerte um 15 Prozent würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 47,6 Mio. Euro führen. Da die Bewertungsreserven höher sind als der beschriebene Rückgang, ist die Risikotragfähigkeit gegeben.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwertrückgangs für Immobilien. Für die Bestimmung wird die Volatilität am Immobilienmarkt betrachtet und die Risikohöhe festgestellt. Die wesentlichen Kenngrößen werden jährlich ermittelt und analysiert.

Das Immobilienrisiko wird durch ein aktives Portfoliomanagement und durch die hohe Qualität des Immobilienportfolios gemindert.

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwertes oder der künftigen

Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments. Die funktionale Währung des Unternehmens ist der Euro.

Das Wechselkursrisiko wird durch den Einsatz von Derivaten gemindert, dabei werden Fremdwährungspositionen in wesentlichen Teilportfolios in gängigen Währungen vollumfänglich abgesichert. Aus diesem Grund ist das nicht abgesicherte Fremdwährungsrisiko auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Die Absicherungen sind rollierend und entsprechend den Anforderungen der Art. 208 ff. der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 ausgestaltet. Insbesondere wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen laufend überwacht.

Konzentrationsrisiko

Die Kapitalanlage des Unternehmens muss sowohl zwischen den als auch innerhalb der Anlageklassen ein Mindestmaß an Diversifikation aufweisen, um eine übermäßige Anlagenkonzentration und die damit einhergehende Kumulierung von Risiken in den Portfolios zu vermeiden. Die Mischung der Vermögensanlagen soll durch einen Risikoausgleich zwischen den verschiedenen Anlagen anlagetypische Risiken begrenzen und so die Sicherheit des gesamten Bestandes mit herstellen. Es gilt der Grundsatz, dass eine einzelne Anlageklasse nicht überwiegen darf.

Unter "Streuung" ist die zur Risikodiversifizierung gebotene Verteilung der Anlagen aller Arten auf verschiedene Schuldner bzw. bei Immobilien auf verschiedene Objekte zu verstehen. Die Quoten werden risikoorientiert aus der Bonität der jeweiligen Schuldner(gruppe) abgeleitet.

Durch die Festlegung von Limits in Bezug auf Anlageart, Emittenten und regionale Konzentrationen wird eine hohe Diversifikation des Portfolios erreicht. Das Konzentrationsrisiko wird dadurch gemindert und ist dementsprechend auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung

Das versicherungstechnische Risikoprofil des Unternehmens wird maßgeblich durch das Prämien- und Reserverisiko sowie die Katastrophenrisiken dominiert.

Eine Begrenzung des Risikoexposures in diesem Bereich wird durch angemessene Rückversicherungsverträge sowie durch das Instrument der Mitversicherung (Konsortialgeschäft) erreicht. Diesbezüglich arbeiten die öffentlich-rechtlichen Versicherer im Rahmen der Versicherungsgemeinschaft Großkunden (VGG) zusammen.

Prämien-/Reserverisiko

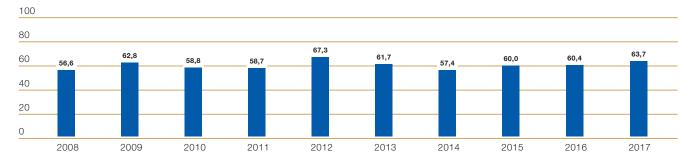
Das Prämienrisiko in der Nichtlebensversicherung spiegelt das Risiko wider, dass insbesondere die Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres die verdienten Beiträge übersteigen. Dem Prämienrisiko begegnet das Unternehmen durch eine differenzierte Beitragskalkulation unter Einbeziehung von Risikogesichtspunkten. Um das Versicherungsgeschäft auf Dauer erfolgreich betreiben zu können, wird das Prämienrisiko durch gezielte Risikoselektion begrenzt. Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt.

Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die im Jahr 2017 erzielte bilanzielle Schadenquote netto von 63,7 Prozent liegt über dem durchschnittlichen Niveau der letzten zehn Jahre. Für das Jahr 2017 ergab sich eine um rückversicherte Kumulschadenereignisse bereinigte Schadenquote von 59,4 Prozent. Die bereinigte Schadenquote des Vorjahres lag bei 56,9 Prozent (2015: 57,2 Prozent; 2014: 57,4 Prozent).

Gleichzeitig lag das Netto-Abwicklungsergebnis mit 10,06 (6,05) Prozent der Eingangsschadenrückstellung über dem durchschnittlichen Zehnjahresniveau.

Bilanzielle Schadenquoten netto in Prozent



Das Reserverisiko bezeichnet die Gefahr, dass die gebildeten Schadenrückstellungen für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete oder noch nicht vollständig abgewickelte Versicherungsfälle nicht ausreichen, um die tatsächlichen Schadenansprüche zu decken. Dies kann für das Unternehmen zu einem Abwicklungsverlust führen. Das Reserverisiko entsteht somit aus einer gegebenenfalls unzureichenden Schadenreservierung und einer sich daraus ergebenden Belastung des versicherungstechnischen Ergebnisses. Insbesondere in den Longtail-Sparten kann dies aufgrund der impliziten Laufzeiten ein höheres Risiko darstellen.

Grundsätzlich nimmt das Unternehmen zur Risikobegrenzung eine vorsichtige Rückstellungsbemessung vor. Über eine jährliche aktuarielle Schadeneinschätzung erfolgt eine Überprüfung der Angemessenheit der Schadenrückstellung. Hieraus können Empfehlungen an die operativen Bereiche abgeleitet werden.

Auf Ebene der Einzelsparten wird die Entwicklung der Rückstellung in den zuständigen Fachbereichen laufend überwacht. Zudem finden in den operativen Einheiten regelmäßig Rückstellungsprüfungen statt.

Dem Reserverisiko wird insbesondere durch eine ausreichend hohe Dotierung der Spätschadenreserve begegnet, die für Schäden gebildet wird, die voraussichtlich bereits eingetreten, aber dem Unternehmen noch nicht bekannt gemacht worden sind. Die Spätschadenreserven werden auf Basis aktuarieller Methoden ermittelt. Insbesondere werden für Schäden mit einer langen Abwicklungsdauer Spätschadenreserven gebildet, die nach Versicherungsarten differenziert errechnet werden.

Katastrophenrisiko

Das Katastrophenrisiko besteht im Eintritt hoher Einzeloder Kumulschäden. In der Nichtlebensversicherung wird in dieser Hinsicht insbesondere zwischen dem Naturkatastrophenrisiko und dem von Menschen verursachten Risiko (Man-made-Risiko) differenziert. Dem Naturkatastrophenrisiko werden unter anderem Schäden infolge von Sturm, Hagel, Starkregen, Überschwemmung, Schneedruck oder Erdbeben zugerechnet. Aufgrund der Ausrichtung als Regionalversicherer mit überwiegender Exponierung in Bayern und der Pfalz weist das Unternehmen ein besonderes Kumulrisiko im Bereich Naturgefahren auf.

Im Rahmen einer statistischen 200-Jahre-Betrachtung weist die Naturgefahr Überschwemmung den größten Bruttoschaden für das Unternehmen auf. Bei der statistischen Schätzung der für das Unternehmen wesentlichen Naturgefahren ist in den vergangenen Jahren ein Anstiegstrend zu beobachten. Aufgrund der vorliegenden Volatilität der Messung ist ein zufälliger Effekt allerdings nicht auszuschließen. Die Entwicklung wird regelmäßig beobachtet.

Zur Eingrenzung der Risiken beobachtet das Unternehmen ein eventuelles Abweichen des tatsächlichen vom erwarteten Schadenverlauf und präzisiert gegebenenfalls die Kalkulationen. Spitzenbelastungen durch hohe Einzelund Kumulrisiken wird durch einen sorgfältig gewählten Rückversicherungsschutz begegnet.

Als Instrumente des Risikomanagements kommen mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen zur Einschätzung von Naturkatastrophenrisiken sowie die Optimierung des Rückversicherungsschutzes aktiv zum Einsatz. Zufallsbedingte Schwankungen werden durch geeignete Rückversicherungsverträge begrenzt. Die Rückversicherungsordnung wird jährlich entsprechend der gegebenen Risikotragfähigkeit im Einklang mit der Risikostrategie überprüft und bei Bedarf angepasst.

Katastrophenrisiken aufgrund von höherer Gewalt oder aufgrund von Terroranschlägen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Konzern Versicherungskammer ist über die Deutsche Rückversicherung AG an der EXTREMUS Versicherungs-AG beteiligt. EXTREMUS bietet die Möglichkeit, Großrisiken gegen Terrorschäden zu versichern. Ferner ist der Konzern am Solidaritätspool der öffentlichen Versicherer beteiligt. Der Solidaritätspool dient der Vermeidung von Deckungslücken im Rückversicherungsbereich.

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Banken, Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Die fälligen wertberichtigten Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 38,1 Mio. Euro. Davon entfielen auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind, 18,7 Mio. Euro.

Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gegenüber Kunden und Vermittlern um Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2,1 Mio. Euro vermindert. Dem Risiko wurde mit geeigneten Bonitätsprüfungen bei der Annahme bzw. im Bestand mit geeigneten Maßnahmen im Mahnverfahren begegnet.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft der vergangenen drei Jahre belief sich auf 0,23 Prozent.

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Vermittler ist für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg. Um das Forderungsausfallrisiko gegenüber Vermittlern gering zu halten, wird der Auswahl sowie der laufenden Überprüfung der Vermittler eine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Bei dem Unternehmen stellt das Ausfallrisiko gegenüber Rückversicherern die größte Risikoexponierung innerhalb des Gegenparteiausfallrisikos dar. Diesem Risiko wird mit einem etablierten Auswahlprozess sowie laufender Überwachung der Kreditwürdigkeit entgegengewirkt. Das konzernweite Rückversicherungsgeschäft wird nahezu vollständig durch den konzerninternen Rückversicherer (Rating "A") kanalisiert und an den Markt gegeben.

Die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 6,4 Mio. Euro.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund von mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Zahlungsströme aus dem Kapitalanlagebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Mittelfristplanung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Zahlungsströme der Aktiv- und Passivseite, die unterjährigen, mittelfristigen und langfristigen Zahlungsströme sowie die notwendige Liquidität ermittelt.

Die Planung unterliegt regelmäßigen Analysen der Solllst-Abweichung und wird turnusmäßig aktualisiert. Unter einer angemessenen Reserve für Liquiditätsengpässe wird das Vorhandensein ausreichender liquider Vermögenswerte verstanden, die zur Bedienung von kurzfristig schwankenden Zahlungsverpflichtungen vorzuhalten sind.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass sämtliche Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber allen Versicherungsnehmern, jederzeit erfüllt werden können. Darüber hinaus sorgt eine vorsichtige, konservative sowie taktische und strategische Asset-Allocation für eine angemessene Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden.

Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Das operationelle Risiko umfasst insbesondere Risiken in den Bereichen IT, Personal, Recht und Betrug, jedoch nicht strategische sowie Reputationsrisiken. Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des Operational Risk Insurance Consortium (ORIC).

Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend in Bezug auf potenzielle technische Bedrohungen. Angemessene und regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Personalrisiken können aus Fluktuation, Kapazitätsengpässen, Motivationsverlust bei Mitarbeitern und ähnlichen Ursachen resultieren. Um diese zu minimieren, kommen im Unternehmen neben der strategischen Personalplanung insbesondere Maßnahmen wie regelmäßige Mitarbeitergespräche, personelle Förderungs- und Fortbildungsprogramme, flexible Arbeitszeitgestaltung oder betriebliches Gesundheitsmanagement zum Einsatz.

Rechtliche Risiken können sich aus gesetzlichen oder vertraglichen Rahmenbedingungen sowie deren Änderungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt. Die Hauptabteilung Compliance sowie die Geldwäschebeauftragtenfunktion tragen unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Betrugsrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes internes Kontrollsystem vermindern diese Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie durch

die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich minimiert.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsfunktionen und -prozesse auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen in Bezug auf ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllt werden können.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder deren unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherers haben können. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen einem geänderten Wirtschaftsumfeld nicht angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Das Unternehmen überprüft jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inkl. der Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Konzernrisikocontrolling und der verantwortlichen Hauptabteilung Unternehmenskommunikation durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die durch die Presse oder durch die sozialen Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabes. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Die Hauptabteilung Compliance trägt innerhalb des Konzerns Versicherungskammer unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Reputationsrisiken aufgrund von Rechtsverstößen frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern Versicherungskammer der Einhaltung des GDV-Verhaltenskodex zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für die Kunden liefert der Konzern durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken rechtzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern.

Aus heutiger Sicht liegen jedoch keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Im Geschäftsjahr konnte die Qualität des Risikomanagements innerhalb des Unternehmens erneut nachhaltig gesteigert werden. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Risikolage angemessen vorbereitet.

Dies wird beispielsweise durch aktives Risikomanagement im Naturkatastrophenbereich deutlich. Interne Risikomodellierungen bilden in diesem Zusammenhang die Grundlage für die Ausrichtung einer adäquaten Rückversicherung.

Des Weiteren wurden umfangreiche Konzepte, Prozesse und Strukturen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen an das Risikoberichtswesen (u.a. RSR/SFCR) erstellt und etabliert. Gleichzeitig wurde die Risikostrategie entsprechend weiterentwickelt. Auch die Risikosteuerung konnte im Zuge der Weiterentwicklung verbessert werden. Dies erfolgte beispielsweise im Zuge der Weiterentwicklung des ORSA-Prozesses oder des Asset-Liability-Managements.

Die rechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Versicherer wurden in den letzten Jahren deutlich verändert. Das Unternehmen hat sich in der Vergangenheit intensiv auf die Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II vorbereitet und die notwendigen Strukturen und Prozesse im Unternehmen etabliert.

Die Solvabilitätsbeurteilung nach Solvency II zeigt für das Unternehmen eine gute Ausstattung mit Solvenzkapital.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das weltwirtschaftliche Umfeld wird sich vor dem Hintergrund einer wachsenden Investitionsnachfrage und einer positiven Entwicklung des Welthandels im Jahr 2018 voraussichtlich anhaltend günstig darstellen. Nach Einschätzung des Sachverständigenrats der Bundesregierung (Jahresgutachten 2017/2018, November 2017) wird sich der Konjunkturaufschwung im Euroraum im Jahr 2018 weiter fortsetzen. Ein Teil des Aufschwungs wird von der noch immer expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank getragen, die für außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen im Euroraum sorgt. Die Wirtschaftssachverständigen rechnen im Euroraum für das Jahr 2018 mit einer Wachstumsrate von 2,1 Prozent. Dazu trägt Deutschland mit einer erwarteten Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 Prozent bei.

Der Haupttreiber des anhaltenden Wirtschaftswachstums in Deutschland wird weiterhin die Binnennachfrage sein. Zwar wird ein weiterer Anstieg der Verbraucherpreise erwartet, jedoch führen die günstige Beschäftigungslage auf dem deutschen Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen zu höheren Haushaltseinkommen und steigenden privaten Konsumausgaben. Neben dem privaten Konsum werden sich auch die Staatsausgaben und wachsende Investitionen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Branchenentwicklung

Ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Deren Lage stellt sich aufgrund der guten Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven weiterhin günstig dar. Wachstumsimpulse sind aufgrund der guten konjunkturellen Situation in allen wichtigen Wirtschaftsregionen auch aus dem gewerblich-industriellen Bereich zu erwarten. Die deutsche Versicherungswirtschaft dürfte daher im Geschäftsjahr 2018 eine stabile Geschäftsentwicklung mit einem leichten Beitragsplus von etwas über etwas über 1 Prozent gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 zeigen (Jahrespressekonferenz am 31. Januar 2018, GDV).

Das Potenzial für Bestandswachstum in der Schadenund Unfallversicherung ist aufgrund des hohen Grads der Marktdurchdringung sehr gering. Allerdings sollte die anhaltend günstige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte mit geringer Arbeitslosigkeit und steigenden Reallöhnen die private Versicherungsnachfrage stützen. Zudem sind vom Unternehmenssektor zunehmend positive Impulse für das gewerblich-industrielle Geschäft zu erwarten. Für das Jahr 2018 wird in der Schaden- und Unfallversicherung wiederum ein deutlich positives Beitragswachstum gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Geschäftschancen ergeben sich für die Schaden- und Unfallversicherer insbesondere im Bereich der Elementarversicherung, da in Deutschland die Versicherungsdichte bei Risiken gegen Elementarschäden trotz der Zunahme von Wetterextremen relativ gering ist. Nach einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 2017 soll zukünftig nur noch derjenige Staatshilfen nach Naturkatastrophen erhalten, der sich ohne Erfolg um eine private Elementarversicherung bemüht hat oder diese wirtschaftlich nicht tragen kann. Die Aufklärung über den erforderlichen Versicherungsschutz gegen Naturgefahren wird daher weiter ein wichtiges Aufgabenfeld der Schaden- und Unfallversicherer bleiben.

Als weiteres Wachstumsfeld der Schaden- und Unfallversicherer wird die Cyberversicherung an Bedeutung gewinnen. Das Risikobewusstsein für Gefahren aus dem Internet und die damit verbundenen Vermögensschäden wächst zunehmend, und zwar sowohl im Bereich der großen Konzerne und mittelständischen Unternehmen als auch bei Privatkunden.

Unternehmensentwicklung

Die Bayerische Landesbrandversicherung rechnet auch für das Jahr 2018 mit einem deutlichen Wachstum des gebuchten Bruttobeitrags. Speziell die landwirtschaftliche Ernteschutzversicherung und die Sonstige Feuerversicherung werden zu diesem Wachstum beitragen. Dieses resultiert sowohl aus dem erwarteten Bestandswachstum als auch aus Index- und Beitragsanpassungen.

Für die Einschätzung der Schadenentwicklung geht die Bayerische Landesbrandversicherung von einem durchschnittlichen Schadenerwartungswert aus, der mit einem aktuariellen Verfahren auf Basis der Vergangenheitswerte abgeleitet wird. In jedem Versicherungszweig wird dabei die Entwicklung in den Größenklassen Basis-, Groß- und Kumulschäden unterschieden und berücksichtigt.

Weitere Verbesserungen im Schadenmanagement werden zu einer effizienteren Schadenbearbeitung führen und damit aufwandsreduzierend wirken. Die allgemeine Lohnund Kostensteigerung stellt hierzu einen gegenläufigen Effekt dar. Die Bayerische Landesbrandversicherung geht von einer deutlichen Verbesserung der bilanziellen Brutto-Schadenquote im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie einer ebenfalls deutlichen Reduzierung der Combined Ratio (brutto) aus. Die Annahmen zum Schadenverlauf können allerdings durch nicht vorhersehbare Schadenereignisse – insbesondere bei Elementar- und Großschäden – erheblich beeinflusst werden. Bei der

Kostenquote wird von einem konstanten Verlauf ausgegangen. Insgesamt wird eine deutliche Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses erwartet.

Die Bayerische Landesbrandversicherung wird mit ihrer Produktpalette, ihrer Kosteneffizienz sowie der flächendeckenden Vertriebs- und Servicepräsenz in ihrer Region die führende Wettbewerbsposition weiter ausbauen. In den folgenden Jahren wird die Ertragsorientierung beim versicherungstechnischen Ergebnis weiterhin im Fokus stehen.

Mit darauf abgestimmten und stark vereinfachten Verkaufskonzepten sowie dem weiteren Ausbau der Services wird das Unternehmen auch in Zukunft seine Marktposition festigen.

Die Versicherungskammer Bayern bietet ihren gewerblichen Kunden den neuen "GewerbeSchutz" an. Mit diesem Rundum-Sorglospaket für kleine und mittlere Betriebe können Unternehmer in nur 30 Minuten ihre Existenz einfach, flexibel und bedarfsgerecht absichern. Bis zu acht in einem Paket gebündelte Versicherungen führen so zu einer Effizienzsteigerung und zu weiterem Wachstum im Gewerbegeschäft. Vor allem verfügt der Sparkassenvertrieb über große Potenziale durch einen hervorragenden Kundenzugang.

Das Marktumfeld in der deutschen Sach-Industrieversicherung ist durch anhaltend hohen Wettbewerb in Verbindung mit Überkapazitäten gekennzeichnet. Diese Entwicklungen wirken sich einschränkend auf das Wachstum und den Ertrag aus. Die Bayerische Landesbrandversicherung reagiert hierauf mit einem aktuellen Tarif und der Weiterentwicklung einer risikoorientierten Portfoliosteuerung.

Die Tarifentwicklung in der Sach-Industrieversicherung erfolgt im Rahmen der Versicherergemeinschaft Großkunden (VGG), gemeinsam mit der SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart.

Durch die Umstellung der Hagelversicherungen auf die neue "ErnteSchutz Vario" wachsen die Beitragseinnahmen weiter an. Gerade die starken Spätfröste im Frühjahr 2017 haben gezeigt, dass die Erweiterung des Versicherungsschutzes um die Gefahren Sturm, Starkregen, Frost und Trockenheit eine optimale Absicherung in der landwirtschaftlichen Pflanzenversicherung ermöglicht. Aus diesem attraktiven Angebot können sich die Kunden der Bayerischen Landesbrandversicherung einen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Versicherungsschutz zusammenstellen. Dies ist die Basis für das weitere planmäßige Wachstum der landwirtschaftlichen Pflanzenversicherung.

Die Kapitalmärkte werden voraussichtlich auch in den kommenden Jahren im Zeichen der Niedrigzinsphase stehen. Die Bayerische Landesbrandversicherung ist auf diese Situation mit ihrer Geschäfts- und Anlagepolitik vorbereitet. Die Verzinsung der Kapitalanlagen wird bei anhaltend niedrigen Zinsen im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr leicht sinken. Das Kapitalanlageergebnis wird insgesamt etwas unter dem Niveau des Jahres 2017 erwartet. Diese Prognose beruht auf der aktuellen Kapitalanlagenstruktur des Unternehmens sowie der Annahme eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds.

Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die Bayerische Landesbrandversicherung mit einem deutlich positiven, über dem aktuellen Geschäftsjahr liegenden Jahresüberschuss.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die künftige Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und der vorsichtigen Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Zukunftsprognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB

Im April 2015 beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Durch eine daraus resultierende Änderung des Aktiengesetzes (AktG) ist die Gesellschaft verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand sowie in den beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen.

Der Aufsichtsrat legte als Zielgröße einen Frauenanteil von 16,6 Prozent im Aufsichtsrat und von 12,5 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legte als Zielgröße einen Frauenanteil von 22,9 Prozent in der ersten und von 20,3 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen konnten bis zum 30. Juni 2017 erreicht, auf der ersten Führungsebene mit +4,6 Prozent übertroffen werden.

Nach Ablauf dieser ersten Zielerreichungsfrist hat die Gesellschaft neue Zielgrößen festgelegt.

Der Aufsichtsrat legte als Zielgröße einen Frauenanteil von 16,6 Prozent im Aufsichtsrat und von 14,3 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legte als Zielgröße einen Frauenanteil von 27,5 Prozent in der ersten und von 22,5 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen sollen bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Gemäß § 289b Abs. 2 HGB ist die Bayerische Landesbrandversicherung als Tochterunternehmen von der Pflicht zur Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung befreit. Die Versicherungskammer Bayern Anstalt des öffentlichen Rechts legt als Mutterunternehmen die nichtfinanzielle Erklärung als Bestandteil des Konzernlageberichts offen. Der Konzernlagebericht wird als Teil des Geschäftsberichts im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Website des Unternehmens öffentlich zugänglich gemacht.

Definitionen

Abschlusskostensatz brutto

Der Abschlusskostensatz brutto ist das Verhältnis der Abschlusskosten (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto).

Bereinigte bilanzielle Schadenquote netto

Die bereinigte bilanzielle Schadenquote netto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle (netto) ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für Naturkatastrophen und sonstigen Kumulrisiken an den verdienten Nettobeiträgen.

Bilanzielle Schadenquote brutto

Die bilanzielle Schadenquote brutto ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto) an den verdienten Bruttobeiträgen.

Brutto/Netto

"Brutto" bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und "netto" nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch "für eigene Rechnung" genannt.

Combined Ratio (brutto) nach GDV

Die Combined Ratio (brutto) ist das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die Versicherungsleistungen und die sonstigen versicherungstechnischen Bruttopositionen zu den abgegrenzten Prämien.

Geschäftsjahresschadenquote brutto

Die Geschäftsjahresschadenquote brutto gibt den Geschäftsjahresschadenaufwand im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen an.

Kostenquote brutto

Die Kostenquote brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den verdienten Beiträgen (brutto).

Kostensatz brutto

Der Kostensatz brutto gibt das Verhältnis der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto) an.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Selbstbehaltquote

Die Selbstbehaltquote ist das Verhältnis der gebuchten Nettobeiträge zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Verwaltungskostensatz brutto

Der Verwaltungskostensatz brutto ist das Verhältnis der Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen (brutto) zu den gebuchten Beiträgen (brutto).

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Feuer- und Sachversicherung

Feuerversicherung

Feuer-Industrieversicherung Landwirtschaftliche Feuerversicherung Sonstige Feuerversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Sonstige Sachversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raub(ED)-Versicherung Leitungswasser(LW)-Versicherung Sturmversicherung Hagelversicherung Maschinenversicherung Extended-Coverage(EC)-Versicherung

Sonstige Versicherungen

Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung Sonstige Betriebsunterbrechungsversicherungen

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite in €		Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
 Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte 		43.315.631	45.896.896
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz-			
rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an			
solchen Rechten und Werten		26.931.183	31.402.277
III. geleistete Anzahlungen		3.373.090	2.725.450
		73.619.904	80.024.623
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte			
und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden			
Grundstücken		119.073.631	112.816.650
 Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen 			
Anteile an verbundenen Unternehmen	88.643.138		44.880.170
2. Beteiligungen	1.522.734		1.522.734
		90.165.872	46.402.904
III. Sonstige Kapitalanlagen			
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und			
andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	336.126.234		357.749.884
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzins-			
liche Wertpapiere	30.488.366		30.545.028
Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	119.370.259		119.435.364
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	26.338.442		36.748.148
c) übrige Ausleihungen	-		335
	145.708.701		156.183.847
4. Einlagen bei Kreditinstituten	170.000.000		129.000.000
5. Andere Kapitalanlagen	2.500		2.500
		682.325.801	673.481.259
		891.565.304	832.700.813
C. Forderungen			
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	6.721.105		5.861.246
2. Versicherungsvermittler	31.412.865		32.919.400
davon: an verbundene Unternehmen:	0111121000		02.0101100
220.494 (416.540) €		38.133.970	38.780.646
II. Abrechnungsforderungen aus dem			
Rückversicherungsgeschäft		6.418.992	4.334.636
davon: an verbundene Unternehmen: 6.418.992 (4.334.636) €			
III. Sonstige Forderungen		64.034.880	44.255.464
davon: an verbundene Unternehmen:			
46.876.398 (32.851.661) €		108.587.842	87.370.746
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		9.275.517	9.237.839
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten,		40,440,000	00 400 700
Schecks und Kassenbestand		13.449.660	32.198.799
III. Andere Vermögensgegenstände		49.626	-
		22.774.803	41.436.638
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1001151	0.555.5
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.901.151	2.302.866
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		5.260.375	5.961.015
		7.161.526	8.263.881
Summe der Aktiva		4 400 700 070	1.049.796.701

Bilanz 27

Passivseite in €	Geschäftsjah	. Vorjah
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	51.140.000	51.140.00
	51.140.000	51.140.000
II. Kapitalrücklage	15.643.171	15.643.17
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	5.114.000	5.114.00
2. andere Gewinnrücklagen	187.801.700	187.801.70
	192.915.700	192.915.70
IV. Bilanzgewinn	33.660.000	24.080.00
	293.358.87	283,778,87
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
Bruttobetrag	175.330.605	174.172.76
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung	170.000.000	174.172.70
gegebene Versicherungsgeschäft	-24.724.673	-24.131.84
gogozono voroionaringogoconiari	150.605.932	150.040.92
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	100.000.302	100.040.92
Bruttobetrag	428.480.730	377.640.69
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung	420.400.730	377.040.090
gegebene Versicherungsgeschäft	-167.591.571	-149.045.55
gegebene versionerungegeschaft	260.889.159	228.595.14
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige	200.003.133	220.090.14
Beitragsrückerstattung	154.383	64.59
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	109.930.339	114.706.78
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	100.000.000	114.700.70
Bruttobetrag	959.555	888.858
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene	909.000	000.000
Versicherungsgeschäft	429.957	420.46
voicionol angugusconan	1.389.512	1.309.32
	522.969.325	
C. Andere Rückstellungen		10 111 1011 0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	149.419.030	128.936.870
II. Steuerrückstellungen	13.642.779	9.305.42
III. Sonstige Rückstellungen	63.851.636	
III. Sonstige nackstellangen		61.061.01
D. Anders Westerdiffeldering	226.913.445	199.303.31
D. Andere Verbindlichkeiten		
 Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: 		
Versicherungsnehmern	10.917.060	11.550.09
Versicherungsnehmern Versicherungsvermittlern	15.124.062	16.400.19
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen:	10.124.002	10.400.19
2.015.750 (1.428.942) €		
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen: 49.332 (–) €		
	26.041.122	27.950.28
II. Sonstige Verbindlichkeiten	31.704.983	40.908.75
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 10.179.660 (24.226.263) €		
davon: aus Steuern: 7.011.894 (6.902.002) €		
	57.746.105	68.859.04
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.721.633	3.138.70
Summe der Passiva	1.103.709.379	1.049.796.70

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Posten in €			Geschäftsjah	Vorjahr
I. Versicher	ungstechnische Rechnung			
1. Verdien	nte Beiträge für eigene Rechnung			
a) Geb	ouchte Bruttobeiträge	510.654.269		493.247.393
b) Abg	egebene Rückversicherungsbeiträge	-157.281.770		-145.604.689
			353.372.499	347.642.704
c) Verä	änderung der Bruttobeitragsüberträge	-1.157.843		169.604
d) Verä	änderung des Anteils der Rückversicherer			
an c	den Bruttobeitragsüberträgen	592.831		477.435
			-565.012	647.039
			352.807.487	348.289.743
2. Sonstig	ge versicherungstechnische Erträge			
für eige	ene Rechnung		59.805	81.830
3. Aufwen	ndungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
	lungen für Versicherungsfälle			
	Bruttobetrag	-278.940.420		-273.401.656
	Anteil der Rückversicherer	86.608.141		92.538.945
			-192.332.279	-180.862.711
b) Verä	anderung der Rückstellung für noch nicht			100100=11111
	ewickelte Versicherungsfälle			
	Bruttobetrag	-50.840.034		-44.382.459
	Anteil der Rückversicherer	18.546.021		14.818.897
			-32.294.013	-29.563.562
			-224.626.292	-210.426.273
4. Veränd	erung der übrigen versicherungstechnischen			
	Rückstellungen			
	ge versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-80.189	567.618
	90 1010101010101010		-80.189	
5. Aufwen	ndungen für erfolgsabhängige und		551.150	0011010
	unabhängige Beitragsrückerstattungen		-163.353	-61.677
	ndungen für den Versicherungsbetrieb für eigene			0 11011
Rechnu	•			
	ttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-121.071.705	-118.444.899
	on ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbe-		121.071.100	110.111.000
,	gungen aus dem in Rückdeckung gegebenen			
	sicherungsgeschäft		29.377.069	27.853.877
	sionor anguguounan		-91.694.63 6	
7 Sonetic	ge versicherungstechnische Aufwendungen für		-31.034.030	30.331.022
	Rechnung		-22.598.588	-23.054.419
8. Zwisch			13.704.234	
	erisumme erung der Schwankungsrückstellung		13.704.23	24.505.600
	nlicher Rückstellungen		4.776.448	-5.494.168
	nerungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		18.480.682	
TO. Version	ierungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		10.400.082	19.311.032

Gewinn- und Verlustrechnung 29

Poste	en in €	Geschäftsja	hr Vorjahr
II. Ni	chtversicherungstechnische Rechnung		
1.	Erträge aus Kapitalanlagen		
	a) Erträge aus Beteiligungen	8.773.109	1.262.916
	davon: aus verbundenen Unternehmen:		
	8.548.650 (934.350) €		
	b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
	davon: aus verbundenen Unternehmen:		
	2.041.676 (2.075.619) €		
	aa) Erträge aus Grundstücken,		
	grundstücksgleichen Rechten und		
	Bauten einschließlich der Bauten auf		
	fremden Grundstücken	31.053.026	30.211.028
	bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	10.843.016	9.693.628
		41.896.042	39.904.656
	c) Gewinne aus dem Abgang von		
	Kapitalanlagen	2.618.093	1.166.406
	d) Erträge aus Gewinngemeinschaften,		
	Gewinnabführungs- und		
	Teilgewinnabführungsverträgen	325.743	249.452
		53.612.987	42.583.430
2.	Aufwendungen für Kapitalanlagen		
	a) Aufwendungen für die Verwaltung von		
	Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen		
	und sonstige Aufwendungen für die		
	Kapitalanlagen	-8.422.539	-7.734.821
	b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-3.667.794	-3.573.145
		-12.090.333	-11.307.966
		41.522.654	31.275.464
		41.522.6	31.275.464
3.	Sonstige Erträge	514.706.705	492.303.156
	davon: Erträge aus der Währungs-		
	umrechnung: 120 (1.978) €		
4.	Sonstige Aufwendungen	-516.945.085	-493.076.233
	davon: Aufwendungen aus der Währungs-		
	umrechnung: -7.310 (-404) €		
		-2.238.3	-773.077
5.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	57.764.9	49.814.019
6.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25.089.614	-24.992.116
7.	Sonstige Steuern	984.658	-741.903
		-24.104.9	-25.734.019
8.	Jahresüberschuss	33.660.0	24.080.000
9.	Bilanzgewinn	33.660.0	24.080.000

Anhang

Angabe zur Identifikation

Die Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft mit Firmensitz in der Maximilianstraße 53, 80530 München, wird im Handelsregister beim Amtsgericht München unter der Handelsregister-Nummer HRB 110001 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurden die Einzelposten des Jahresabschlusses grundsätzlich in vollen Eurobeträgen ausgewiesen. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den anderorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände wurde der Grundsatz der Ansatzstetigkeit (§ 246 Abs. 3 HGB) beachtet.

Bei Zugang wurden selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände mit den Entwicklungskosten (§ 255 Abs. 2a in Verbindung mit § 255 Abs. 2 HGB) aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei mangelnder Werthaltigkeit vorgenommen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden bei Zugang mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei immateriellen Vermögensgegenständen bei mangelnder Werthaltigkeit vorgenommen. Geringwertige immaterielle Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Als geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände wurden Vorauszahlungen auf den Kaufpreis von entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen vor Übergang des Eigentums sowie angefallene und aktivierungspflichtige Kosten bis zum Zeitpunkt der Betriebsbereitschaft angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden geleistete Anzahlungen außerplanmäßig abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls, bei dauernder Wertminderung, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß §253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (gemildertes Niederstwertprinzip). Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB ist bei Finanzanlagen eine außerplanmäßige Abschreibung auch bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung möglich.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt.

Anhang 31

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß §341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit §253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, da diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei zum Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert, bilanziert (gemildertes Niederstwertprinzip). Bei Namensschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und übrigen Ausleihungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Andere Kapitalanlagen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Kapitalanlagen und Guthaben bei Kreditinstituten wurden gemäß § 256a Satz 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger wurden gemäß § 256a Satz 2 HGB die §§ 253 Abs. 1 Satz 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie andere Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie Sonstige Forderungen wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen Beträge entfallen auf das Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Beitragsüberträge** wurden für jeden Vertrag einzeln berechnet – entsprechend dem jeweiligen Beginn des Versicherungsjahres und der Zahlungsweise. Hinsichtlich der nicht übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle wurden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft grundsätzlich je Schadenfall einzeln ermittelt. Sie umfassten Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsfällen, bei denen die Höhe, der Zahlungszeitpunkt oder die Zahlungsdauer noch unsicher waren.

Für noch unbekannte Schäden wurden Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vorjahre gebildet.

Die Rückstellungen für Regulierungskosten wurden entsprechend dem BMF-Schreiben vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Berücksichtigungsfähige Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen wurden von den Rückstellungen abgesetzt.

Eine Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde gemäß den vertraglichen Regelungen gebildet.

Die Position Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen beinhaltet, soweit dies handelsrechtlich vorgeschrieben ist, eine Vorsorge zum Ausgleich der Schwankungen im Schadenverlauf künftiger Jahre sowie eine Vorsorge für Großrisiken; die Rückstellung wurde gemäß § 341h Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 29 Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und der Anlage zu §29 RechVersV gebildet.

Die Sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt.

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprachen die Anteile des Rückversicherers den Rückversicherungsverträgen.

Die Ermittlung der Pensions- und Jubiläumsrückstellungen erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i.S.d. IDW RS HFA 30 n.F. mittels des sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahrens (PUC-Methode). Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck verwendet. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der zum Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 3,68 Prozent (im Vorjahr: 4,00 Prozent) verwendet. Für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wurde ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 2,31 Prozent (im Vorjahr: 2,70 Prozent) verwendet. Es wurde von einer künftigen Gehaltsentwicklung von 2,00 Prozent sowie einer Fluktuation von 2,30 Prozent bei Frauen und 2,10 Prozent bei Männern ausgegangen. Ferner wurde zur Berechnung der Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik von 2,00 Prozent verwendet.

Um den Verwaltungskosten sowie der Unsicherheit der Sterblichkeit und Invalidität Rechnung zu tragen, wurde die Pensionsrückstellung um 7.583 Tsd. Euro bzw. 5,00 Prozent aufgestockt.

Die Altersteilzeitverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i.S.d. IDW RS HFA 3 ermittelt. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,44 Prozent (im Vorjahr: 1,79 Prozent) und einer Gehaltssteigerung von 2,00 Prozent verwendet. Als Verpflichtung wurden die Leistungen bewertet, die sich aufgrund der Altersteilzeitvereinbarungen in Verbindung mit dem Tarifvertrag ergaben.

Die Pensionsrückstellung sowie die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Alle übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Anhang 33

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie Sonstige Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach § 250 Abs. 2 HGB bilanziert.

Aktive und passive latente Steuern wurden für die Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanzen sowie für steuerliche Verlustvorträge angesetzt.

Die Bewertung temporärer bzw. quasitemporärer Differenzen sowie der steuerlichen Verlustvorträge erfolgte mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) von 32,4 (32,4) Prozent.

Die passiven latenten Steuern entstanden aus der unterschiedlichen Bewertung von immateriellen Vermögensgegenständen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Die mit den passiven latenten Steuern zu saldierenden aktiven latenten Steuern beruhten im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bei den Kapitalanlagen, den versicherungstechnischen Rückstellungen, der Pensionsrückstellung und den Sonstigen Rückstellungen.

Für den verbleibenden Aktivüberhang wurden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert. Verlustvorträge wurden nur insoweit berücksichtigt, wie sie innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechenbar sind.

Sonstiges

In der Bilanz wurden die Abzugsbeträge mit einem Minuszeichen dargestellt. Aufwände wurden in der Gewinnund Verlustrechnung mit einem Minuszeichen dargestellt und Erträge ohne Vorzeichen.

Der Begriff "Beteiligungsunternehmen" wurde gleichbedeutend für die Formulierung "Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht" verwendet.

Anhang

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017

Aktiv	posten	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	
		Vorjahr Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
Λ lm	materielle Vermögensgegenstände	15u. €	isu. €	ısu. e	
	Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und				
1.	ähnliche Rechte und Werte	45.897	2.598		
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche	45.697	2.596		
۷.					
	Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie	04 400	4 070	0.705	
	Lizenzen an solchen Rechten und Werten	31.402	1.376	2.725	
	geleistete Anzahlungen	2.725	3.373	-2.725	
	Summe A.	80.024	7.347	-	
В. І.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten				
	einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	112.817	9.925		
B. II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und				
	Beteiligungen				
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	44.880	43.794		
	2. Beteiligungen	1.523	_	_	
	3. Summe B. II.	46.403	43.794	_	
B. III.	Sonstige Kapitalanlagen				
	1. Aktien, Anteile oder Aktien an investmentvermögen				
	und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	357.750	10.137	-	
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere				
	festverzinsliche Wertpapiere	30.545	_	_	
	3. Sonstige Ausleihungen				
	a) Namensschuldverschreibungen	119.435	_	_	
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	36.748	_	_	
	4. Einlagen bei Kreditinstituten	129.000	41.000	_	
	5. Andere Kapitalanlagen	3	_	-	
	6. Summe B. III.	673.481	51.137	_	
Sumr	ne B. I.–III. Kapitalanlagen	832.701	104.856	_	
Gesa	mt	912.725	112.203	-	

35

Abgänge Zuschreibungen Abschreibungen Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. € Tsd. € Tsd. € Tsd. € -5.179 43.316 -24 -8.548 26.931 3.373 -13.727 73.620 -24 119.074 -3.668 88.643 -31 0 1.523 -31 90.166 -31.761 336.126 30.488 -57 -65 119.370 -10.410 26.338 170.000

-42.293

-42.324

-42.348

3

682.325

891.565

965.185

-3.668

-17.395

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte

Im Geschäftsjahr 2017 wurden weitere Entwicklungskosten (§ 255 Abs. 2a in Verbindung mit § 255 Abs. 2 HGB) für Anwendungssoftware in Höhe von 2,6 (15,3) Mio. Euro aktiviert. Die gesamten Entwicklungskosten des Geschäftsjahres beliefen sich auf 6,3 (18,1) Mio. Euro.

A. II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Die Gesellschaft aktivierte im Wesentlichen entgeltlich erworbene Anwendungssoftware, die planmäßig über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben wurde.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von – (–) Mio. Euro vorgenommen.

B. Kapitalanlagen

Zeitw	rert der Kapitalanlagen gemäß §54 RechVersV	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
		C	Geschäftsjahr		Vorjahr
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
В. І.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und				
	Bauten einschließlich der Bauten auf fremden				
	Grundstücken	119.074	642.680	112.817	601.020
B. II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen				
	und Beteiligungen				
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	88.643	191.626	44.880	257.136
	2. Beteiligungen	1.523	5.939	1.523	4.875
	3. Summe B. II.	90.166	197.565	46.403	262.010
B. III.	Sonstige Kapitalanlagen				
	1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investment-				
	vermögen und andere nicht festverzinsliche				
	Wertpapiere	336.126	367.456	357.750	375.002
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere				
	festverzinsliche Wertpapiere	30.488	35.527	30.545	36.368
	3. Sonstige Ausleihungen				
	a) Namensschuldverschreibungen	119.370	131.137	119.435	134.219
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	26.338	29.115	36.748	40.160
	4. Einlagen bei Kreditinstituten	170.000	170.000	129.000	129.000
	5. Andere Kapitalanlagen	3	3	3	3
	6. Summe B. III.	682.325	733.238	673.481	714.752
Sumr	ne B. Kapitalanlagen	891.565	1.573.483	832.701	1.577.783
Bewe	rtungsreserven zum Bilanzstichtag		681.918		745.082

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 681.918 (745.082) Tsd. Euro und lagen bei 76,5 (89,5) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, nach nach folgenden, branchenweit anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert des Grundvermögens wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet. Der Zeitwert von an der Börse notierten Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswertverfahren oder anhand des Nettovermögenswerts ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Schuldtiteln wurde mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren zum 31. Dezember 2017 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

Sonstige Kapitalanlagen, die nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet wurden:

	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo Geschäftsjahr	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Inhaberschuldverschrei-						
bungen und andere fest-						
verzinsliche Wertpapiere	35.528	30.488	5.040	36.368	30.545	5.823
Sonstige Ausleihungen	160.252	145.708	14.544	174.379	156.183	18.196
Andere Kapitalanlagen	3	3	-	3	3	_
Gesamt	195.783	176.199	19.584	210.750	186.731	24.019

Zum Bilanzstichtag wurde bei Namensschuldverschreibungen in Höhe eines Buchwerts von 25.000 Tsd. Euro (Zeitwert: 24.720 Tsd. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde. Es bestanden sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit des Unternehmens, die Anlagen langfristig zu halten.

B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst 31 (31) Grundstücke.

Der Bilanzwert der überwiegend eigengenutzten Grundstücke und Bauten belief sich zum 31. Dezember 2017 auf insgesamt 7.917.117 (8.327.200) Euro. Es wurden, bezogen auf den Gesamtbestand, planmäßige Abschreibungen in Höhe von 3.667.794 (3.495.567) Euro vorgenommen.

B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahres- ergebnis
		%	Tsd. €	Tsd. €
Bayerische Versicherungskammer				
Landesbrand-Kundenservice GmbH	München	100,00	266	_2
CombiRisk Risk-Management GmbH	München	49,00	557	-65 ¹
INVERSO Gesellschaft für innovative				
Versicherungssoftware mbH	München	100,00	1.240	8741
LIGA-Gassenhuber Versicherungsagentur GmbH	Grünwald	25,10	619	894¹
MediRisk Bayern Risk- und Rehamanagement GmbH	München	100,00	239	43¹
Odewald & Comp. GmbH & Co. Dritte Bet.Ges. f. V. KG	Berlin	3,01	84.290	91.939¹
OSG Objektgesellschaft Standort Giesing mbH & Co. KG	München	35,00	113.835	5.991
Private Investment Fund Management S.à r.l.	Luxemburg	18,18	18	5 ¹
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF – B	Luxemburg	21,20	297.654	27.853 ¹
Private Investment Fund OP S.C.Si. SICAV-SIF - C	Luxemburg	7,66	45.946	3.020 ¹
S-Versicherungsvermittlungs-GmbH	Kaiserslautern	5,00	165	140¹
Verband öffentlicher Versicherer K. d. ö. R.	Berlin und			
	Düsseldorf	1,39	73.490	1.486¹
Versicherungskammer Bayern				
Konzern-Rückversicherung AG	München	51,00	136.321	20.331
VGG Underwriting Service GmbH	München	49,00	143	100¹

¹ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016. 2 Gewinnabführungsvertrag

B. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert	Stille	Stille	Zeitwert	Ausschüt-
		Reserven	Lasten		tungen
				G	eschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Gemischt ¹	297.713	25.124	_	322.836	5.244
Gesamt	297.713	25.124	-	322.836	5.244

¹ Börsentägliche Anteilsscheinrückgabe möglich.

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 51.140.000 Euro. Es ist eingeteilt in 2.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können.

Der alleinige Aktionär, die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, hat das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mitgeteilt.

B. Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen insgesamt

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	672.037.985		638.676.650
davon:			
Feuerversicherung	285.466.433	262.426.640	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	210.994.062	206.349.724	
Sonstige Sachversicherung	175.577.490	169.900.286	
Sonstige Versicherungen	42.817.626		28.797.046
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	714.855.611		667.473.696
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	_		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	714.855.611		667.473.696

B. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – brutto

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	393.975.396		356.374.145
davon:			
Feuerversicherung	210.833.525	187.952.041	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	95.967.633	90.451.703	
Sonstige Sachversicherung	87.174.238	77.970.401	
Sonstige Versicherungen	34.505.334		21.266.551
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	428.480.730		377.640.696
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	·	_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	428.480.730		377.640.696

B. IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	103.775.423		109.212.518
davon:			
 Feuerversicherung 	11.278.630	11.717.189	
 Verbundene Wohngebäudeversicherung 	23.246.791	23.110.892	
Sonstige Sachversicherung	69.250.002	74.384.437	
Sonstige Versicherungen	6.154.916		5.494.269
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	109.930.339		114.706.787
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	109.930.339		114.706.787

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	149.419.030	128.936.870
Gesamt	149.419.030	128.936.870

Die Anschaffungskosten der mit der Pensionsrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprachen dem Zeitwert und beliefen sich auf 9.823.344 Euro. Der Zeitwert umfasst das Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich unwiderruflich zugeteilter Überschussanteile. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellung in Höhe von 159.242.374 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 350.604 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 5.549.604 Euro verrechnet.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (3,68 Prozent) ergab sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,81 Prozent) ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 31.693.028 Euro. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Ausstehende Rechnungen	28.911.502	29.575.396
Vertriebserfolgsvergütung	8.827.566	6.670.179
Jubiläumszuwendungen	6.074.174	5.608.907
Risikovorsorge für betriebliche Altervorsorge	3.727.442	3.727.442
Urlaubsverpflichtungen	3.431.745	2.995.533
Altersteilzeit	2.288.096	2.845.819
Sonstige	10.591.110	9.637.742
Gesamt	63.851.636	61.061.019

Die Anschaffungskosten der mit der Altersteilzeitrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände lagen bei 7.673.904 Euro und entsprachen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtung in Höhe von 9.962.000 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 145.170 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 184.335 Euro verrechnet.

D. Andere Verbindlichkeiten

Von den Sonstigen Verbindlichkeiten hatten 80.644 Euro eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennbetrag von 898.142 Euro bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 866.767 Euro.

Die Gesellschaft haftet als Mitglied der Versicherergemeinschaft Großkunden (VGG) gesamtschuldnerisch gegenüber den Versicherungsnehmern für sämtliche aus den Versicherungsverhältnissen der VGG entstehenden Verpflichtungen.

Zur Deckung von Risiken aus Terroranschlägen beteiligt sich die Bayerische Landesbrandversicherung am Solidaritätspool öffentlicher Versicherer. Die öffentlichen Versicherer stellen diesem Pool jährlich eine Kapazität von insgesamt 250 Mio. Euro zur Verfügung, die im Bedarfsfall von ihnen gemeinsam aufzubringen wären. Entsprechend ihrem Anteil ergibt sich gegenüber der EXTREMUS Versicherungs-AG für die Bayerische Landesbrandversicherung eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 21,35 Mio. Euro.

Die Sonstigen finanziellen Verpflichtungen beliefen sich insgesamt auf 61.529.809 Euro, davon 44.743.053 Euro gegenüber verbundenen Unternehmen.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a)-d) Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Gesamtes Versicherungsgeschäft	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Gebuchte Bruttobeiträge	510.654.269	493.247.393
Verdiente Bruttobeiträge	509.496.425	493.416.996
Verdiente Nettobeiträge	352.807.487	348.289.742

Gebuchte Bruttobeiträge	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	497.608.999		480.487.426
davon:			
Feuerversicherung	216.385.523	212.614.268	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	179.733.503	178.556.708	
Sonstige Sachversicherung	101.489.973	89.316.450	
Sonstige Versicherungen	13.045.270		12.759.967
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	510.654.269		493.247.393
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	510.654.269		493.247.393

Verdiente Bruttobeiträge	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	496.555.796		480.700.259
davon:			
Feuerversicherung	215.896.524	212.246.269	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	180.759.563	179.913.053	
Sonstige Sachversicherung	99.899.709	88.540.937	
Sonstige Versicherungen	12.940.629		12.716.737
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	509.496.425		493.416.996
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	509.496.425		493.416.996

Verdiente Nettobeiträge	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	348.713.111		344.366.490
davon:			
 Feuerversicherung 	153.138.494	150.983.182	
 Verbundene Wohngebäudeversicherung 	152.838.861	153.001.605	
Sonstige Sachversicherung	42.735.756	40.381.703	
Sonstige Versicherungen	4.094.376		3.923.253
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	352.807.487		348.289.743
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-	·	_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	352.807.487		348.289.743

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr Anzahl/Verträge	Vorjahr Anzahl/Verträge
Feuer- und Sachversicherung	2.739.981	2.790.772
davon:		
Feuerversicherung	512.651	508.892
Verbundene Wohngebäudeversicherung	1.981.608	2.049.326
Sonstige Sachversicherung	245.722	232.554
Sonstige Versicherungen	12.248	11.271
Gesamtes Versicherungsgeschäft	2.752.229	2.802.043

I. 3. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	-307.874.184		-301.706.771
davon:			
Feuerversicherung	-136.386.262	-144.616.485	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	-105.810.130	-106.111.038	
Sonstige Sachversicherung	-65.677.792	-50.979.248	
Sonstige Versicherungen	-21.906.270		-16.077.344
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-329.780.454		-317.784.115
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	_		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-329.780.454		-317.784.115

I. 6. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Abschlussaufwendungen	-79.261.552	-76.949.727
Verwaltungsaufwendungen	-41.810.153	-41.495.172
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-121.071.705	-118.444.899

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	-117.671.402		-115.554.003
davon:			
 Feuerversicherung 	-60.295.323	-56.502.029	
 Verbundene Wohngebäudeversicherung 	-35.241.820	-39.895.941	
Sonstige Sachversicherung	-22.134.259	-19.156.033	
Sonstige Versicherungen	-3.400.303		-2.890.896
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-121.071.705		-118.444.899
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-121.071.705		-118.444.899

I. 10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	20.357.190		20.397.818
davon:			
Feuerversicherung	2.074.848	5.484.228	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	22.698.418	17.938.653	
Sonstige Sachversicherung	-4.416.076	-3.025.063	
Sonstige Versicherungen	-1.876.508		-1.086.186
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	18.480.682		19.311.632
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	-		_
Gesamtes Versicherungsgeschäft	18.480.682		19.311.632

Rückversicherungssaldo

Anteil der Rückversicherer an den	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
verdienten Beiträgen	-156.688.939	-145.127.254
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	105.154.162	107.357.842
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	29.377.069	27.853.877
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	-22.157.708	-9.915.535

Der Rückversicherungssaldo teilte sich wie folgt auf:

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€		€
Feuer- und Sachversicherung	-33.677.715		-13.779.716
davon:			
Feuerversicherung	-4.024.645	8.202.025	
Verbundene Wohngebäudeversicherung	-7.827.871	-7.759.642	
Sonstige Sachversicherung	-21.825.199	-14.222.099	
Sonstige Versicherungen	11.520.007		3.864.181
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-22.157.708		-9.915.535

II. 4. Sonstige Aufwendungen

In dieser Position sind Aufwendungen aus der Aufzinsung der Sonstigen Rückstellungen in Höhe von 58.903 Euro enthalten.

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Bayerischen Landesbrandversicherung waren im Jahr 2017 durchschnittlich 2.126 Mitarbeiter beschäftigt.

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	1.458	1.370
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	424	381
Angestellte Außendienstmitarbeiter	244	237
Gesamt	2.126	1.988

Provisionen und Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des		
§ 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-43.078	-42.295
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-2.718	-2.333
3. Löhne und Gehälter	-154.255	-140.918
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-22.620	-20.614
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-22.550	-5.552
6. Aufwendungen insgesamt	-245.221	-211.712

Gesamthonorar Abschlussprüfer

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Abschlussprüfungsleistungen	-259.552	-230.696
Bestätigungsleistungen	-1.479	-26.944
Sonstige Leistungen	-183.651	-261.601
Gesamt	-444.682	-519.241

Die Abschlussprüfungsleistungen umfassten die Jahresabschlussprüfung, die Prüfung der Solvabilitätsübersicht sowie die Prüfung des Abhängigkeitsberichtes.

Es wurden Sonstige Leistungen für rechnungslegungsbezogene Beratungen, wie z. B. Beratungen für den Kapitalanlagebereich, Solvency-II-Schulungen für IT-Führungskräfte sowie andere Bestätigungsleistungen für Prüfungen des GDV-Verhaltenskodex, vorgenommen.

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Kapitel "Gremien" vor dem Lagebericht aufgeführt.

Die Bezüge des Vorstands lagen im Geschäftsjahr für die Bayerische Landesbrandversicherung bei 1.389.339 Euro, an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 352.866 Euro gezahlt.

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat beliefen sich auf 121.333 Euro.

Konzernzugehörigkeit

Die Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München, gehört zum Konzern Versicherungskammer. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis von Unternehmen auf und wird die Bayerische Landesbrandversicherung in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach §291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und -lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer, Maximilianstraße 53, 80530 München erhältlich und steht auf www.vkb.de zur Verfügung.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr
	€
Jahresüberschuss	33.660.000
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	-
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-
Bilanzgewinn	33.660.000

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 33.660.000 Euro an den Aktionär auszuschütten.

Für Entwicklungskosten selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände besteht ein für Ausschüttungen gesperrter Betrag an den frei verfügbaren Rücklagen (Gewinnrücklagen) in Höhe von 43.315.631 Euro. Dieser für Ausschüttungen gesperrte Betrag steht der geplanten Gewinnausschüttung aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 33.660.000 Euro nicht entgegen.

München, den 22. Februar 2018

Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Walthes

Dr. Heene

Pfaller

Dr. Spieleder

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 Nr. 4 HGB, die auf S. 32 im Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögensund Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom
 Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 Nr. 4 HGB.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der nicht notierten Sonstigen Ausleihungen

Die nicht notierten Sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen den Bestand der Bilanzposten Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft unter dem Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft unter dem Punkt Marktrisiko.

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 145,7 Mio. Euro aus.

Der beizulegende Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt zum Bilanzstichtag 160,3 Mio. Euro.

Die nicht notierten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen werden entweder zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. In Bezug auf die Buchwerte besteht bei diesen Kapitalanlagen, bei denen der beizulegende Wert bzw. der beizulegende Zeitwert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwerts liegt, das grundsätzliche Risiko, dass diese Werte nicht zutreffend ermittelt werden und daher eine voraussichtliche dauernde Wertminderung nicht erkannt wurde und eine Abschreibung daher unterbleibt oder bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt oder nicht in erforderlichem Umfang vorgenommen wird.

Ein erhöhtes Risiko liegt hierbei insbesondere vor, da keine notierten Preise für identische Wertpapiere und Forderungen auf aktiven Märkten verfügbar sind. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt deshalb anhand von Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung von am Markt beobachtbaren Parametern. Diese Parameter sind ermessensbehaftet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte durch die Auswahl und Ableitung von am Markt beobachtbaren Parametern ist komplex. Das Risiko für den Abschluss wird umso größer, je mehr Parameter einfließen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung der Bewertung dieser Kapitalanlagen beinhaltete insbesondere folgende wesentliche Tätigkeiten:

- Wir haben den Prozess der Überprüfung der Bewertungsparameter (Spreads der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen) einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen auf Wirksamkeit geprüft.
- Im Rahmen von Einzelfallprüfungen haben wir uns von der korrekten Erfassung der Bestandsdaten im Bestandsführungssystem überzeugt.
- Zudem wurden die verwendeten Parameter mit am Markt beobachtbaren Parametern verglichen. Wir haben die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle sowie die Ermittlung der in die Bewertung eingeflossenen Annahmen und Parameter geprüft.
- Darüber hinaus haben wir für eine Auswahl von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen eigene Berechnungen vorgenommen und mit den von der Gesellschaft angesetzten Werten verglichen.
- Wir haben überprüft, ob die bilanzielle Folgebewertung aufgrund der Zeitwertermittlung zutreffend umgesetzt wurde.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Bewertungsmodelle, Annahmen und Parameter sowie die Folgebewertung sind insgesamt angemessen.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfallversicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden: Deckungsrückstellung" für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt "Versicherungstechnisches Risiko aus der Schaden- und Unfallversicherung".

Das Risiko für den Abschluss

Die Gesellschaft weist in ihrem Jahresabschluss eine Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von 428,5 Mio. Euro (rund 38,8 Prozent der Bilanzsumme) aus.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle machen den wesentlichen Teil der gesamten Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus.

Die Bewertung der Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des allgemeinen (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) sowie des besonderen bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt wurden. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese bei der Rückstellungsbildung nicht berücksichtigt wurden bzw. eine Rückstellung nicht in ausreichender Höhe gebildet wurde.

Unsere Vorgehensweise bei der Prüfung

Bei der Prüfung der Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuare eingesetzt und im Wesentlichen folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die zeitnahe Erfassung und Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, geeignet aufgebaut waren und wirksam durchgeführt wurden.
- Für einen Teilbestand von Versicherungsfällen haben wir die Höhe einzelner Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnungsmethoden der Gesellschaft zur Ermittlung der unbekannten Spätschäden geprüft.
 Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der zu erwartenden Zahlungen für unbekannte Spätschäden auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen zur Überprüfung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (bekannt und unbekannt) für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung bestimmt und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft und der gebuchten HGB-Rückstellung verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse auf Hinweise nicht ausreichend vorsichtiger Rückstellungsbildung analysiert. Anhand von Zeitreihenvergleichen, insbesondere von Schadenstückzahlen und durchschnittlichen Schadenhöhen, sowie anhand der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

Unsere Schlussfolgerungen

Das Vorgehen zur Bewertung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle steht insgesamt im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben. Die der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen sind insgesamt angemessen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung und
- den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher beabsichtigter oder unbeabsichtigter falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend sowie geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen zur Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie die Frage, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, sowie die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 24. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 8. November 2017 vom Aufsichtsratsvorsitzenden beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1994 als Abschlussprüfer der Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortliche Wirtschaftsprüferin

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Stefanie Abt.

München, den 20. März 2018

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Abt Hildebrandt Wirtschaftsprüferin Wirtschaftsprüfer Bericht des Aufsichtsrats 53

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt: "Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
- 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war."

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Mit Wirkung zum 1. Juni 2017 wurde Herr Harald Kraus in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Jürgen Schäfer wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2017 in den Aufsichtsrat gewählt.

Mit Wirkung zum Ablauf des 30. April 2017 schied Herr Dieter Seehofer aus dem Aufsichtsrat aus. Herr Thomas Feußner schied mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2017 aus dem Aufsichtsrat aus. Herr Michael Pischon schied mit Wirkung zum 31. Januar 2018 aus dem Gremium aus. Der Aufsichtsrat hat den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Tätigkeit im Gremium seinen Dank ausgesprochen.

München, den 23. März 2018

Für den Aufsichtsrat

Pache

Impressum

Herausgeber

Konzern Versicherungskammer Maximilianstraße 53, 80530 München Telefon (0 89) 21 60-0 Telefax (0 89) 21 60-27 14 service@vkb.de www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign Berlin Braunschweig